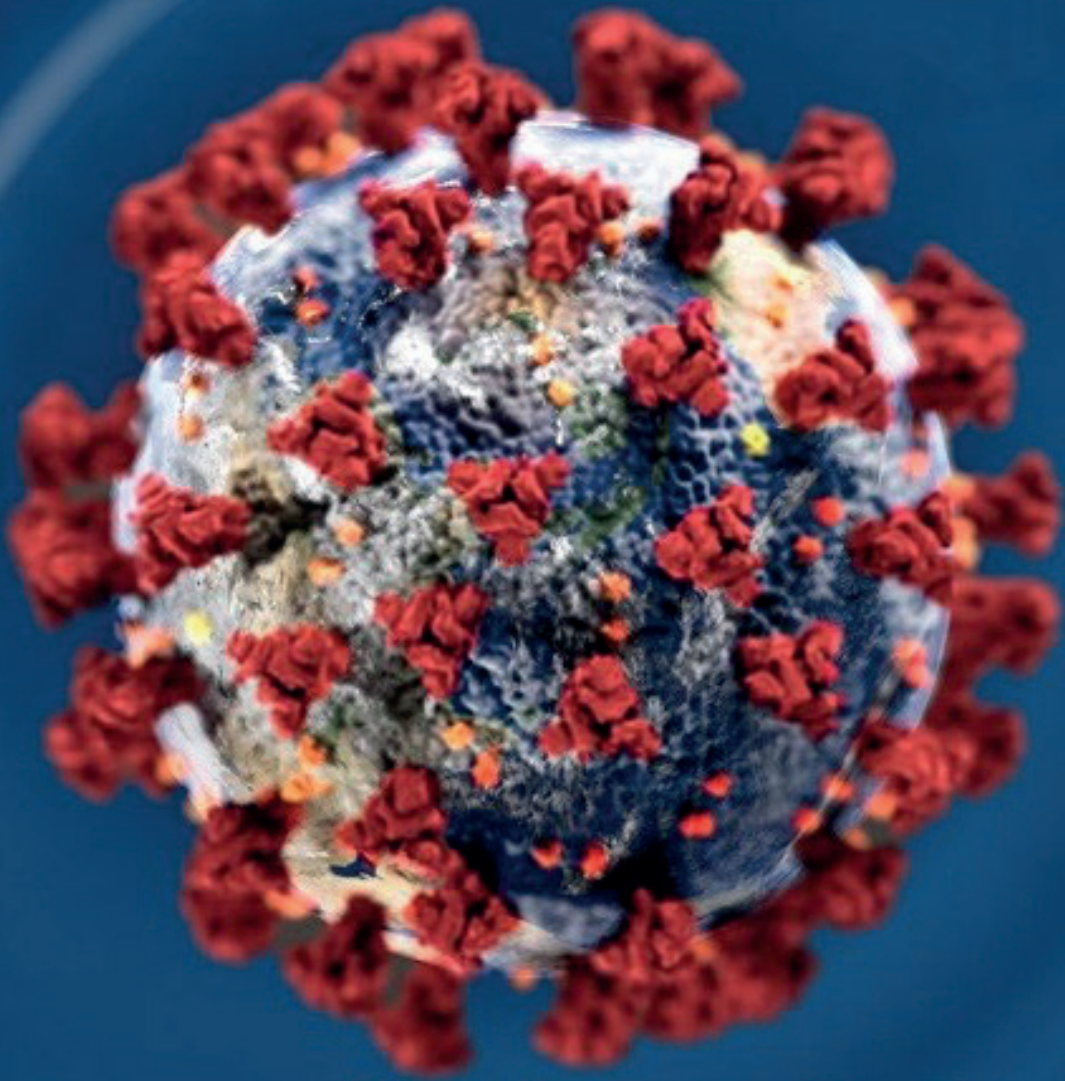


International

Die Zeitschrift für internationale Politik

Sonderausgabe April 2020



SARS-CoV-2

ISSN 1010-9285 • P.b. • Verlagspostamt 1150 Wien • 02Z033387

Das Virus des „Krisennationalismus“ | Is Corona Destroying Global Value Chains as Development Model? | Die Seuche der Repression | Die Kollateralschäden | Corona demaskiert den Westen

Sonderausgabe April 2020

Covid-19 Pandemie

Die in Österreich – wie auch inzwischen in vielen anderen europäischen Staaten – verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19 Pandemie haben das Leben und die Gewohnheiten der meisten Menschen radikal verändert. Neben den unmittelbaren gesundheitlichen Bedrohungen ziehen diese Maßnahmen aber auch gravierende ökonomische, soziale und letztlich auch politische Folgen nach sich. Vor allem die beiden letzten Aspekte werden unserer Meinung nach in der Öffentlichkeit viel zu wenig thematisiert und diskutiert. Wir haben uns daher entschlossen – nicht zuletzt auch als Überbrückung zur nächsten gedruckten Ausgabe von INTERNATIONAL – eine in weitaus kürzeren Abständen erscheinende elektronische Sonderausgabe zu produzieren. In dieser sollen vor allem jene Aspekte von Covid-19 behandelt werden, welche in den meisten Mainstreammedien zu kurz kommen. Darüber hinaus werden wir aber sehr wohl auch andere aktuelle Probleme behandeln, welche der aktuellen weitgehend auf ein Thema reduzierten Krisenberichterstattung zum Opfer fallen, wie die katastrophale Situation der Flüchtlinge im Mittelmeerraum oder auch die Politik

der USA, die aktuelle Krise zu einer Verschärfung ihrer Sanktionspolitik gegen Staaten wie den Iran oder Venezuela zu missbrauchen. Auch die zuletzt klar zum Ausdruck gekommen gravierenden Auffassungsunterschiede über die zukünftige Struktur der EU werden wir behandeln.

Nach den derzeitigen Planungen gehen wir davon aus, dass diese Sonderausgaben – in weitaus einfacherer Weise als unsere gedruckten Hefte gestaltet – zumindest bis Mitte Mai erscheinen werden. Sie sind kostenlos und werden zunächst an unseren Newsletter-Verteiler verschickt. Wer noch nicht auf diesem Verteiler ist, möge auf unserer Webseite unter <https://international.or.at/anmelden/> ein – Newsletter-Abo bestellen.

Fritz Edlinger

Herausgeber und Chefredakteur

I N H A L T

Editorial

Fritz Edlinger 2

Das Virus des „Krisennationalismus“

Werner Wintersteiner 3

Is Corona Destroying Global Value Chains as Development Model?

Lukas Silberbauer und Kurt Bayer 7

Die Seuche der Repression

Hannes Hofbauer 12

Die Kollateralschäden

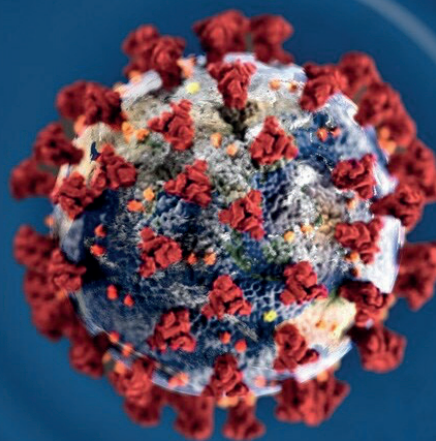
Tilo Gräser 15

Corona demaskiert den Westen

Tobias Riegel 19

I M P R E S S U M

International – Die Zeitschrift für internationale Politik | Medieninhaber, Herausgeber & Chefredaktion: Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik, Quellenstraße 2C, 1100 Wien | Mit der Herausgabe und Chefredaktion beauftragt: Fritz Edlinger, E-Mail: fedlinger@international.or.at | Grafik: Thomas Lehmann | Redaktion & Verwaltung: Quellenstraße 2C, 1100 Wien; Internet: www.international.or.at, E-Mail: office@international.or.at | Druck: Berger, 3580 Horn | ISSN: 1010-9285 | Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasserin/des Verfassers wider und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar.



Das Virus des „Krisennationalismus“¹

Die Corona-Krise führt uns den Zustand der Welt vor Augen. Sie zeigt uns, dass die Globalisierung bislang gegenseitige Abhängigkeit ohne gegenseitige Solidarität gebracht hat. Das Virus verbreitet sich global, und seine Bekämpfung würde globale Anstrengungen auf vielen Ebenen erfordern.

Von **Werner Wintersteiner**

Doch die Staaten reagieren mit nationalem Tunnelblick. Hiersiegt die (nationalistische) Ideologie über die Vernunft, manchmal selbst über die beschränkte ökonomische oder gesundheitspolitische Vernunft. Nicht einmal in der selbstproklamierten „Friedensmacht Europa“, der Europäischen Union, ist ein Zusammenhalt zu spüren. „Die Mitgliedsstaaten sind vom Krisennationalismus erfasst“, wie Raimund Löw es sehr treffend formuliert.⁴

Der globalen Krise angemessen wäre hingegen eine Perspektive von Global Citizenship. Das meint nicht einen illusionären „Weltbürgerstandpunkt“, den gibt es nämlich gar nicht, sondern es bedeutet, den „methodischen Nationalismus“ (Ulrich Beck) aufzugeben und dem „Reflex“ des Nationalismus, des Lokalpatriotismus und des Gruppenegoismus zumindest bei der Wahrnehmung des Problems zu entsagen. Es bedeutet ferner, auch beim Urteilen und Handeln die Haltung „America first, Europe first, Austria first usw.“ zu überwinden und sich an der Leitidee der globalen Gerechtigkeit zu orientieren. Zu viel verlangt? Dabei ist das doch nichts anderes als die Einsicht, dass wir uns als Nation, als Staat oder als Kontinent nicht einzeln retten können, wenn wir mit globalen Herausforderungen konfrontiert werden. Und dass wir daher sowohl ein globales Denken wie auch globale politische Strukturen brauchen.

Dass es noch nie leicht war, diesen Reflexen zu entgegen, dazu eine literarische Illustration – das Theaterstück *Der Weltuntergang* (1936) des österreichischen Dichters Jura Soyfer. Vor dem Hintergrund des Aufstiegs des Nationalsozialismus zeichnet er ein Szenario der absoluten Bedrohung – nämlich die Gefahr der Auslöschung der Menschheit. Doch wie reagieren die Menschen? Es lassen sich drei Phasen ablesen: Die erste Reaktion ist Leugnung, dann kommt die Panik, und schließlich eine (kaum sinnvolle) Aktivität um jeden Preis.⁵ Zunächst glauben die Politiker den Warnungen der Wissenschaft nicht. Als sich die Katastrophe aber unleugbar nähert, ist keinerlei Solidarität zu bemerken, um gemeinsam die Gefahr vielleicht doch noch abzuwenden. Weder zwischen den Staaten, noch innerhalb der einzelnen Gesellschaften. Vielmehr schlagen die Reichsten noch einmal Profit aus der Situation, in dem sie eine „Weltuntergangsanleihe“ auflegen und

„Die Natur beherrschen? Der Mensch ist noch nicht einmal in der Lage, seine eigene Natur unter Kontrolle zu haben, deren Narrheit ihn dazu treibt, die Natur zu beherrschen und dabei die Beherrschung seiner selbst zu verlieren. [...] Er kann Viren vernichten, doch ist er neuen Viren gegenüber machtlos, sie widerstehen seinen Zerstörungsversuchen, verwandeln und erneuern sich ... Selbst bezüglich der Bakterien und Viren muß er mit dem Leben und mit der Natur verhandeln und wird das auch weiterhin müssen.“

Edgar Morin²

„Humanity needs to make a choice. Will we travel down the route of disunity, or will we adopt the path of global solidarity?“

Yuval Noah Harari³

in ein sündteures Raumschiff investieren, um sich individuell zu retten. Schließlich kann nur ein Wunder den Untergang abwenden. Der Komet, ausgesandt die Erde zu vernichten, verliebt sich in sie und verschont sie deshalb. Das Stück ist ein indirekter, aber sehr eindringlicher Appell an die globale Solidarität.

Heute ist natürlich alles ganz anders. Die COVID-19 Krise ist kein Weltuntergang, und die meisten Regierungen strengen sich an, alle gebotenen Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung des Virus so weit zu verlangsamen, dass inzwischen Gegenkräfte aufgebaut werden können. Und in Österreich bemüht man sich bislang durchaus, die Auswirkungen sozial und was die Generationen betrifft einigermaßen gerecht abzufedern. Allerdings dürfen wir gerade in einer Ausnahmesituation wie dieser nicht gänzlich in der Bewältigung des Alltags aufgehen, sondern wir brauchen mehr denn je das kritische Beobachten und das kritische Denken. Schließlich sind wegen des Corona-Virus plötzlich Eingriffe in Grundrechte möglich, die in normalen Zeiten undenkbar wären.

¹ Eine frühere Version dieses Beitrages ist als Aussendung des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung erschienen.

² Edgar Morin/Anne Brigitte Kern: *Heimatland Erde*. Wien: Promedia 1999, S. 200.

³ <http://archive.is/mGB55>

⁴ *Der Falter* 13/2020, S. 6.

⁵ Vgl. dazu auch den Hinweis auf den Soziologen Philipp Strong, der ganz ähnliche Verhaltensweisen in Krisen diagnostiziert hat, in: <https://www.wired.com/story/opinion-we-should-deescalate-the-war-on-the-coronavirus/>

Wir können uns zum Beispiel fragen: Ist wirklich alles ganz anders als im Stück von Jura Soyfer? Kennen wir die Verhaltensweisen, die der Dichter schildert – Leugnung, Panik, Aktionismus – nicht bereits von der Klimakrise? Was tun wir, um die Fehler, die bislang verhindert haben, dass wir den Klimawandel wirksam eindämmen, bei der heutigen Krise nicht wiederholen? Vor allem: Wo bleibt die Solidarität der viel beschworenen „irdischen Schicksalsgemeinschaft“? Denn in einem Punkt unterscheidet sich unsere Realität sehr klar vom Theaterstück: Uns wird kein Wunder retten.

Welch drastische Auswirkungen der enge (nationale oder eurozentrische) Tunnelblick hat, soll nun an einigen Beispielen gezeigt werden.

Wahrnehmen: Ein „chinesisches Virus“?

Die verengte Sichtweise trübt bereits unsere Wahrnehmung des Problems. Wochenlang, wenn nicht monatelang haben wir die Corona-Epidemie beobachten können, aber wir haben sie als chinesische Angelegenheit abgetan, die uns nur peripher betrifft. (Natürlich haben auch die anfänglichen Vertuschungsversuche der chinesischen Regierung dazu beigetragen.) Präsident Trump spricht inzwischen ganz gezielt vom „Chinese Virus“, nachdem er es ursprünglich als „foreign virus“ titulierte.⁶ Und erinnern wir uns an die ersten „Erklärungen“ für den Ausbruch der Krankheit – die fragwürdigen Essgewohnheiten der Chinesen und die schlechten sanitären Bedingungen auf den Wildmärkten. Der moralisierende und auch rassistische Unterton war nicht zu überhören. Erst als die Epidemie auf Italien übergelungen ist, haben wir uns wieder daran erinnert, dass Globalisierung komplexe Verflechtung bedeutet – aber eben nicht nur von Handelsströmen, Produktionsketten und Kapitalflüssen, sondern auch von Viren. Doch dass unsere Methoden der Massentierhaltung bereits mit einer gewissen Regelmäßigkeit Epidemien verursachen und eine noch wenig thematisierte, aber bereits jährlich tausendfach tödliche Resistenz von Bakterien gegen Antibiotika fördern, dass also unsere gesamte Lebensweise bestehende Risiken ins Globale steigert, das wollen wir auch jetzt noch nicht zur Kenntnis nehmen.

Handeln: „Rette sich, wer kann“ als Lösung?

Corona hat wieder einmal bestätigt, was schon im Vorjahr anlässlich der erstmals wirklich weltweiten Diskussion über die Klimakrise zu bemerken war: Globale Gefährdungen bewirken keineswegs automatisch globale Solidarität. In jeder Krise reagieren wir im Prinzip, d.h. wenn wir nicht vorher andere Mechanismen aufgebaut haben, nicht nach dem Motto „zusammenhalten“, sondern nach der Maxime „Rette sich, wer kann, jede*r einzeln“. So ist es auch kein Wunder, dass die meisten Staaten Grenzschließungen als erste und probateste Maßnahme ansahen, um die Ausbreitung von Corona einzudämmen, ebenso wie die Bevorzugung der eigenen Landsleute bei Rücktransporten einer nationalistischen Logik folgt.⁷ Man wird sagen, dass Grenzschließungen eine vernünftige Entscheidung sind, denn die Gesundheitssysteme seien nun einmal national organisiert und es stehe also gar kein anderes Instrumentarium zur Verfügung. Das ist richtig, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Wäre es, statt pauschaler Grenzsperrungen, nicht sinnvoller, betroffene „Regionen“ zu isolieren, und zwar ausschließlich nach Maßgabe der gesundheitlichen Gefährdung, also durchaus auch grenzüberschreitend, wo nötig? Dass das derzeit nicht möglich ist, daran zeigt sich schließlich, wie unvollkommen unser internationales System ist. Wir haben globale Probleme er-

zeugt, aber keine Mechanismen für globale Lösungen zustande gebracht. Es gibt die Weltgesundheitsorganisation WHO, aber sie hat nur sehr wenige Kompetenzen, ist nur zu 20 Prozent durch die Mitgliedsländer finanziert und daher von privaten Donors, darunter auch Pharmakonzernen, abhängig. Ihre bisherige Rolle in der Corona-Krise ist umstritten. Und nicht einmal die Mitgliedstaaten der EU haben bisher auch nur in Ansätzen ein gesamteuropäisches Gesundheitssystem aufbauen können. Die Gesundheitspolitik ist nationale Kompetenz. Auch für den 2001 beschlossenen EU-Zivilschutzmechanismus wurden bislang entsprechenden Strukturen geschaffen. Deshalb reagieren wir wie bei der „Flüchtlingskrise“ – mit Abschottung. Aber es funktioniert halt bei einem Virus noch viel weniger als bei Menschen auf der Flucht.

Der (nationale) Egoismus geht noch weiter. Ein besonderes Beispiel ist wohl der Fall der Tiroler Wintersportgebiete, vor allem Ischgl. Offenbar ist die Säumigkeit der Tiroler Tourismusindustrie und der Gesundheitsbehörden für dutzende Infektionen internationaler Skiurlauber*innen verantwortlich, was für einen Schneeballeffekt in etlichen Ländern gesorgt hat. Trotz der Warnungen der Notärzt*innen, der isländischen Gesundheitsbehörden und des Robert-Koch-Instituts wurde weder der Skibetrieb sofort eingestellt noch wurden die Gäste isoliert. Inzwischen sind bereits die Gerichte mit dem Fall beschäftigt. „Man hat das Virus sehenden Auges aus Tirol in die Welt getragen. Es wäre überfällig, sich das einzugestehen und sich dafür zu entschuldigen“, meinte völlig zurecht ein Innsbrucker Hotelier.⁸ Er spricht damit als einer der wenigen die internationale Verantwortung Österreichs und damit die Idee der weltweiten Solidarität an.

Wie negativ sich diese Haltung der nationalen Abschottung, die Österreich mitträgt, auf uns selbst auswirkt, ist in den Krisenwochen Mitte März 2020 sichtbar geworden: Das nach Protesten wieder aufgehobene deutsche Ausfuhrverbot für medizinisches Equipment hat eine Woche lang verhindert, dass dringend benötigtes und bereits bezahltes Material nach Österreich importiert werden darf.⁹ Noch gravierender ist die Situation der häuslichen Pflege alter und kranker Menschen, bei der unser Land auf Pfleger*innen aus EU-(Nachbar-)Staaten angewiesen ist. Doch diese können wegen der Grenzschließungen nicht mehr in gewohnter Weise ihren Turnus versehen.

Inzwischen hat die Europäische Union, die offensichtlich selbst auf Notbetrieb geschaltet hat, zumindest erreicht, dass der Handel mit medizinischer Ausrüstung innerhalb der EU wieder voll zu liberalisiert wurde, während zugleich die Ausfuhr aus der Union eingeschränkt ist.¹⁰ Ein Lernprozess? Vielleicht. Doch ist das nicht in letzter Konsequenz statt eines nationalen ein europäischer Egoismus? Und die Probe auf die internationale Solidarität kommt ja erst, wenn Afrika in stärkerem Maße von Corona erfasst sein wird!

Am schlimmsten hat sich die mangelnde europäische Solidarität auf Italien ausgewirkt. Die Staaten der Europäischen Union, obwohl erst später als Italien betroffen, waren die längste Zeit mit sich selbst beschäftigt. „The EU is abandoning Italy in its hour of need. In a shameful abdication of responsibility, fellow countries in the European Union have failed to give medical assistance and supplies to Italy during an outbreak“, heißt es in einem Kommentar der US-Zeitschrift Foreign Policy, ohne allerdings zu erwähnen, dass auch die USA Italiens Hilferuf überhört haben.¹¹ Hingegen haben China, Russland und Kuba medizinisches Personal und Aus-

⁶ <https://www.politico.com/news/2020/03/18/trump-pandemic-drumbeat-corona-virus-135392>

⁷ Einen globalen Gesamtüberblick findet man in der NZZ vom 19. 3. 2020: <https://www.nzz.ch/wissenschaft/coronavirus-weltweit-die-neuesten-entwicklungen-nzz-ld.1534367>

⁸ Steffen Arora, Laurin Lorenz, Fabian Somavilla in: Der Standard online, 17.3.2020.

⁹ <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2054840-Deutschland-genehmigte-Ausfuhr-von-Schutz-ausruestung.html>

¹⁰ NZZ, 17. 3. 2020.

¹¹ FP, 14. 3. 2020, <https://foreignpolicy.com/2020/03/14/coronavirus-eu-abandoning-italy-china-aid/>

rüstung geschickt. China unterstützt auch europäische Länder wie Serbien, die von der EU alleingelassen worden sind. Das wird von einigen Medien als chinesische Machtpolitik ausgelegt.¹² Wie dem auch sei, die EU hätte es in der Hand, einem Beitrittskandidaten auch beizustehen!

Eine bizarre Situation ist auch auf der irischen Insel entstanden, wo – solange der Brexit noch nicht vollständig vollzogen ist – die Grenze zwischen der Republik und dem britischen Nordirland im Alltag nicht spürbar ist. Mit Corona hat sich das geändert. Denn während Dublin, wie die meisten EU Staaten, strenge Kontaktbeschränkungen einführt, hielt Großbritanniens Premier Boris Johnson dies die längste Zeit nicht nötig (Ideologie der „Herdennimmunität“) und ließ die Schulen geöffnet, auch in Nordirland. Dies veranlasste den ORF-Korrespondenten zu folgendem Kommentar: „Es geht einmal mehr darum zu zeigen, wie britisch man ist. [...] Beim Corona-Virus offenbar steht die Identität selbst über der Geographie. [...] Es ist bizarr, dass eine unsichtbare Grenze darüber entscheiden soll, ob Kinder zur Schule gehen oder nicht.“¹³

Vernachlässigen: Wer spricht noch von den Geflüchteten?

Bei allen Maßnahmen der österreichischen Regierung, so sinnvoll sie auch sein mögen, fällt auf, dass kaum noch die Rede von den Ärmsten und Rechtlosesten in der Gesellschaft ist – von Menschen, die bei uns in Flüchtlingsquartieren mitunter auf engstem Raum leben und im Falle einer Ansteckung wohl besonders gefährdet sind. Asyl und Migration sind in der medialen Berichterstattung in den Hintergrund getreten. Das Flüchtlingselend auf Lesbos – also ebenfalls innerhalb der EU – scheint nun, wo wir so mit uns selbst beschäftigt sind, aus der Tagesaktualität verdrängt zu sein. Staaten wie Deutschland, die sich noch vor kurzem bereit erklärt hatten, unbegleitete Jugendliche und Familien aufzunehmen, haben das Vorhaben gestoppt. Und Österreich wollte sich an dieser Initiative ohnehin niemals beteiligen. Selbst der dringende Appell der europäischen Zivilgesellschaft zur Evakuierung der Flüchtlingslager in Griechenland ist bislang ungehört verhallt.¹⁴ In der Krise zeitigt der nationale Egoismus eben besonders fatale Folgen. Der Schriftsteller Dominik Barta führt uns plastisch vor Augen, was fehlende citizenship im Falle der Coronakrise praktisch bedeutet:

Der Mailänder Bürger, der am Coronavirus stirbt, stirbt in seinem Land, unter der Hand von erschöpften Ärzten und Ärztinnen, die, solange es eben ging, Italienisch mit ihm sprachen. Er wird in seiner Gemeinde begraben und von seiner Familie betrauert werden. Der Flüchtling auf Lesbos wird sterben, ohne dass ihn je ein Arzt gesehen hat. Fernab seiner Familie wird er, wie man sagt, verenden. Ein namenloser Toter, den man in einem Plastiksack aus dem Lager schaffen wird. Der syrische oder kurdische oder afghanische oder pakistanische oder somalische Flüchtling wird nach seinem Tod eine Leiche sein, aufgehoben in keinem personalisierten Grab. Wenn überhaupt, wird er in die anonymen Zahlenreihen der Statistik Eingang finden. [...] Haben wir Europäer, gerade in Krisenzeiten, ein Gefühl für den Skandal der völlig entrechteten Existenz?¹⁵

Prahlern: „Krieg“ gegen Corona?

Regierungen auf der ganzen Welt haben dem Coronavirus „den Krieg erklärt“. China hat den Anfang gemacht, mit Präsident Xi Jinpings Slogan, „die Fahne der Partei möge hoch fliegen an der Frontlinie des Schlachtfelds“.¹⁶ Noch ein paar Kostproben: „South

Korea declares ‚war‘ on the coronavirus”; „Israel Wages War on Coronavirus and Quarantines Visitors”; „Trump’s War Against the Coronavirus Is Working” usw. Und Präsident Macron in Frankreich: „Wir sind im Krieg, im Gesundheitskrieg wohlgeordnet, wir kämpfen [...] gegen einen unsichtbaren Feind. [...] Und weil wir im Krieg sind, muss von nun an jede Aktivität der Regierung und des Parlaments auf den Kampf gegen die Epidemie ausgerichtet werden“.¹⁷ Selbst UN-Generalsekretär António Guterres meint sich dieses Vokabulars bedienen zum müssen, um auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen.¹⁸

Diese Militarisierung der Sprache, die der Sache – der Bekämpfung einer Pandemie – überhaupt nicht angemessen ist, hat trotzdem eine Funktion. Zum einen soll sie die gesellschaftliche Akzeptanz für drastische Maßnahmen, die die bürgerlichen Freiheiten einschränken, erhöhen. In einem Krieg müssten wir so etwas eben akzeptieren! Zum anderen wird damit auch die Illusion erzeugt, wir könnten das Virus ein für alle Mal unter Kontrolle bekommen. Denn Kriege werden geführt, um sie zu gewinnen. „Wir werden gewinnen, und wir werden moralisch stärker dastehen als zuvor“, hat etwa der aufgrund seiner Sozialpolitik innenpolitisch schwer bedrängte Macron großspurig verkündet. Dass das Virus gekommen ist, um zu bleiben, und wir wohl dauerhaft mit ihm werden leben müssen, das sagt er nicht.

Mit der Rede vom Krieg ist es wie mit den Grenzsicherungen. Beides hat auch eine nicht zu unterschätzende symbolische Bedeutung. Damit wird eine Rückkehr der Staatssouveränität gefeiert. Denn die Globalisierung der Wirtschaft hat dazu geführt, dass nationale Regierungen immer weniger Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land haben und dass sie ihren Bürger*innen auch kaum Schutz vor Deklassierung, Arbeitslosigkeit und einschneidenden Veränderungen des Lebens bieten können. Mit Corona erleben wir eine Renationalisierung der Politik und damit wieder einen Spielraum für die Regierungen. Und so reden sie von Kriegen, die sie gewinnen wollen, und verkünden damit, wie mächtig sie sind.

Antworten: „Politischer Kosmopolitismus“

All dem genannten nationalen Egoismus steht zugleich sehr viel Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit und innergesellschaftliche Solidarität, aber auch grenzüberschreitende Unterstützung gegenüber. In verschiedensten Formen hat dieser Wille zur Solidarität seinen öffentlichen Ausdruck gefunden. Allerdings verhindern die fehlenden transnationalen politischen Strukturen und der „methodische Nationalismus“ derzeit noch, dass diese Solidaritätsbereitschaft auch entsprechend globale Wirksamkeit erreichen kann. Dabei zeigt gerade die großartige weltweite Zusammenarbeit der medizinischen Wissenschaft in der Corona-Krise, welches Potential heute bereits für globale Solidarität zur Verfügung steht. Und auch die Kooperation der Regionen unterhalb der staatlichen Ebene funktioniert offenbar: Patient*innen aus dem schwer betroffenen französischen Elsass wurden in die benachbarte Schweiz bzw. nach Baden-Württemberg gebracht.¹⁹

Es ist bezeichnend, dass einer der wenigen, die konsequent globale politische Vorschläge zur Eindämmung von Corona machen, ausgerechnet der Milliardär Bill Gates ist, der bereits im Februar (als bei uns noch viele hofften, halbwegs ungeschoren davon zu kommen) in einem Artikel im New England Journal of Medicine²⁰

¹² [te-the-war-on-the-coronavirus/](https://www.zb.de/Tagesspiegel/19.3.2020/„Wie_sich_China_in_der_Corona-Krise_Einfluss_in_Europa_sichert“)

¹⁷ <https://fr.news.yahoo.com/> (eigene Übersetzung).

¹⁸ Ansprache „Declare War on Virus“, 14. März 2020. <https://www.un.org/sg/en>

¹⁹ Badische Zeitung, 21. März 2020. <https://www.badische-zeitung.de/baden-wuerttemberg-nimmt-schwerstkranken-corona-patienten-aus-dem-elsass-auf-184226003.html>

²⁰ https://www.nejm.org/doi/full/10.1056/NEJMp2003762?utm_source=newslet

¹² Z.B. Der Tagesspiegel, 19. 3. 2020: „Wie sich China in der Corona-Krise Einfluss in Europa sichert“.

¹³ Martin Alioth, ORF Mittagssjournal, 17. 3. 2020.

¹⁴ Zu finden etwa auf: www.volkshilfe.at

¹⁵ Dominik Barta: Viren, Völker, Rechte. In: Der Standard, 20. 3. 2020, S. 23.

¹⁶ China Daily, zitiert nach: <https://www.wired.com/story/opinion-we-should-deescalate-the-war-on-the-coronavirus/>

forderte, dass die reichen Staaten den ärmeren helfen sollten. Deren schwache Gesundheitssysteme könnten schnell überfordert sein und sie hätten auch weniger Mittel, die wirtschaftlichen Folgen abzufangen. Medizinische Ausrüstung und vor allem Impfstoffe dürften nicht möglichst gewinnbringend verkauft werden, sondern müssten zunächst den Regionen zur Verfügung gestellt werden, die sie am dringendsten brauchen. Die Gesundheitsversorgung der Staaten mit geringem und mittlerem Einkommen (LMICs) müsse mit Hilfe der Weltgemeinschaft strukturell auf ein höheres Niveau gehoben werden, um gegen weitere Pandemien gewappnet zu sein. Hier wiederholt sich in geradezu klassischer Weise die problematische Konstellation, dass die Staaten – die Demokratie und soziale Gerechtigkeit für sich reklamieren – eine eng nationalistische Politik verfolgen, während sie das globale Engagement den großen Konzernen (und deren Interessen) überlassen. Auch die Bill Gates-Stiftung, deren Einsatz für Gesundheitsfragen unbestritten ist, finanziert sich teilweise aus Gewinnen von Unternehmen, die – Junkfood produzieren.²¹

In der gegenwärtigen Situation mag die Kritik an den nationalen Sonderwegen wie ein aussichtsloser moralischer Appell wirken. Aber die Einsichten, die uns Corona (wieder einmal) vermittelt, sind ja nicht neu. Schon vor Jahrzehnten haben Wissenschaftler*innen wie Carl Friedrich Weizsäcker oder Ulrich Beck das Konzept der „Weltinnenpolitik“ propagiert. Das bedeutet nichts anderes, als die demokratischen Prinzipien, die im Inneren unserer Staaten gelten, auch in der Außenpolitik anzuwenden, um das vorherrschende Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts zu ersetzen. Dafür müssen auch geeignete Strukturen geschaffen werden. Der deutsche Philosoph Henning Hahn nennt dies den „politischen Kosmopolitismus“, der einen bereits bestehenden „moralischen Kosmopolitismus“ ergänzen müsse.²² Nicht nur er tritt für die „realistische Utopie eines globalen Menschenrechtsregimes“ ein. Mit anderen Worten: Die Kräfte in Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die sich für eine Demokratisierung der Weltgesellschaft einsetzen, für Global Citizenship also, sind bereits vorhanden. Nur haben sie noch zu wenig politisches Gewicht, auch wenn der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon 2012 mit seinem Appell „We must foster global citizenship“ die Staaten der Welt auf diese Orientierung einzuschwören versuchte.²³ In unserem konkreten Fall heißt das, dass wir außerhalb der Krisenzeiten Strukturen und Mechanismen schaffen oder bestehende wie die WHO stärken müssen, damit diese globale Koordination und gegenseitige Hilfe bei Seuchen und Pandemien leisten. Denn das ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, den „Rette sich, wer kann“-Reflex tatsächlich zu überwinden. Schließlich haben Gesundheitsexpert*innen spätestens bei der Ebola Krise 2015 gewarnt, dass es keine Frage des Ob, sondern nur eine Frage des Wann sei, bis die nächste Pandemie ausbricht.²⁴

Lernen: „Da sein auf dem Planeten“

Gedankenlos haben wir die Vorteile der Globalisierung genossen. Die Klimakrise und politische Bewegungen wie Fridays for Future haben uns zwar nachdrücklich daran erinnert, dass wir dabei auf Kosten der großen Masse der Ärmern auf der Welt und zu Lasten künftiger Generationen leben. Entsprechende Konsequenzen hat

diese vage Einsicht bislang aber nicht gezeitigt. Wir wollen unsere „imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand) nicht so leicht aufgeben. Vielleicht kann uns aber die jetzige Pandemie zu einer tieferen Erkenntnis führen. Schließlich haben wir uns nun in wenigen Tagen zu drastischen Maßnahmen durchgerungen, während wir den Kampf gegen den Klimawandel nur allzu zögerlich angegangen sind. Und so neu wäre die Erkenntnis, dass wir gemeinsam handeln müssen, ja auch wieder nicht. Schon vor 30 Jahren hat Milan Kundera vor der Euphorie der „einen Welt“ gewarnt, die letztlich nur eine „Weltrisikogesellschaft“ (Ulrich Beck) darstelle: „Das Einssein der Menschheit bedeutet: Niemand kann irgendwohin entkommen.“²⁵

Ausgehend von ähnlichen Überlegungen hat der französische Philosoph Edgar Morin die Begriffe „irdische Schicksalsgemeinschaft“ und „Heimatland Erde“²⁶ geprägt. Wir müssen einsehen, dass wir weltweit aufeinander angewiesen sind. Für die großen Weltprobleme kann es heutzutage keine nationalen Sonderwege mehr geben. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, so Morins Argumentation, kommen wir um einen radikalen Wandel unserer Lebensgewohnheiten, unserer Wirtschaftsweise wie auch unserer politischen Organisation nicht herum. Ohne auf die Nationalstaaten zu verzichten, sei es doch nötig, darüber hinaus transnationale und globale Strukturen zu schaffen. Aber – und das ist entscheidend – wir müssten auch eine andere Kultur entwickeln, um diese Strukturen mit Leben zu füllen. Die „irdische Schicksalsgemeinschaft“ ernst zu nehmen, bedeute:

Wir müssen lernen, da zu sein auf dem Planeten. Lernen zu sein bedeutet: lernen zu leben, teilzuhaben, zu kommunizieren, ein Gefühl der Gemeinsamkeit zu entwickeln; es ist das, was man in den und durch die in sich abgeschlossenen Kulturen gelernt hat. Jetzt müssen wir in unserer Rolle als Menschen des Planeten Erde lernen zu sein, teilzuhaben, zu kommunizieren und ein Gefühl der Gemeinsamkeit zu entwickeln. Nicht nur einer Kultur anzugehören, sondern der Erde.²⁷

Wenn die Corona Krise dazu führt, diese Einsicht zu verbreiten, dann haben wir wohl das Beste daraus gemacht, was man aus so einer Katastrophe machen kann.



Univ.-Prof. i. R. Dr. **Werner Wintersteiner**, war Gründer und langjähriger Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung an der Alpen-Adria Universität Klagenfurt; ist Mitglied des Leitungsteams des Klagenfurter Master Universitätslehrgangs „Glo-

ter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_axiosam&stream=top
²¹ <https://www.infosperber.ch/Artikel/Gesundheit/Corona-Virus-Das-Dilemma-der-WHO>

²² Henning Hahn: Politischer Kosmopolitismus. Praktikabilität, Verantwortung, Menschenrechte. Berlin/Boston: De Gruyter 2017.

²³ UNO Generalsekretär Ban Ki-moon, 26. September 2012, anlässlich des Starts seiner „Global Education First“ Initiative (GEFI). <https://www.un.org/sg/en/content/sg/state-ment/2012-09-26/secretary-generals-remarks-launch-education-first-initiative>
²⁴ <https://www.nejm.org/doi/full/10.1056/NEJMp1502918>

²⁵ Milan Kundera: Die Kunst des Romans. Frankfurt: Fischer 1989, 19.

²⁶ Terre Patrie – Heimatland Erde. Siehe Anmerkung 1.

²⁷ Morin 1999, wie Anmerkung 1, S. 201.



Is Corona Destroying Global Value Chains as Development Model?

The global spread of Covid-19 with its effects on the interruption of global supply chains (GVC) has brought this specific form of economic globalization more prominently into the public debate. As of mid-March 2020 it is unclear how long and how deep this pandemic will last and what its eventual effects on globalization will be. What is clear, however, is that this global crisis has demonstrated the vulnerability of cross-border global value chains vis-a-vis catastrophic events. This paper examines the GVC model's more general features as a model for industrialized development for less developed countries.

Von **Lukas Silberbauer** und **Kurt Bayer**¹

During the last three decades, the global economy has undergone significant changes. The boost of international trade through global value chains (GVC) has been one of the most significant results of progressing globalisation. They reshape the existing pattern and composition of global trade, based on an ever more dynamic fragmentation of global production processes. As a result, every country whose development strategy relies on export-orientation and wants to attract production sites from abroad must meet certain international standards, set by so-called "lead firms". Usually, lead firms are located in industrial countries (also

a number of emerging economies), downstream parts of the value chains are mostly located in emerging or developing countries. Participation in these value chains requires cooperation between state and private economic actors. Enforceable legal protections and regulations must be in place, foreign trade must be liberalized and barriers to foreign direct investment must be removed. Global international financial institutions, among them the IMF and the World Bank, see GVC (and foreign trade) promotion as one major solution for growth and poverty reduction².

¹ This report was submitted on March 23, 2020. More recent developments could not be considered.

² See the 2020 World Development Report „Trading for Development in the Age of Global Value Chains“, The World Bank, Washington, D.C. 2020.

Today, GVC account for around half of the world trade volume. They support economic growth in developing countries by opening up additional trading channels through which poverty reduction can occur. At the same time, downstream GVC participants experience power asymmetry. This consolidates the hegemonic position of multi-national corporations (MNC), the „lead firms“.

This paper highlights positive effects and potential downsides of GVC participation on the economic and social development in developing countries. The analysis is based on the recent World Development Report 2020 „Trading for Development in the Age of Global Value Chains“. We examine the key findings of the report concerning the consequences of GVC for development based on the question: Is there a contradiction between a GVC-based development model and more autonomous, „own“ country-specific development paths? The complex role of the GVC in shaping the above mentioned power asymmetries and the possibilities to improve the situation along the production chain of developing and emerging markets through upgrading within the GVC network is discussed. The lively discussion by development experts about countries being caught in a „middle-income trap“, when a country's „first advantage“ as a location of outsourcings is used up is relevant to GVC assessment. MNC at the top end of the value chain have little interest in additional competitors, thus potentially impeding upgrading. We discuss effects on the environment and income distribution, as well as the vulnerability of GVC vis-a-vis political developments and catastrophic events.

Power Asymmetries and how to Upgrade within GVC Networks

As the report³ notes, countries such as Bangladesh, Cambodia and Vietnam have used GVC to move from raw materials exports to basic production activities and experienced great success with growth spurts during this transition. Nevertheless, the unequal leverage of companies at the lower end of the production chain remains a key problem for many developing countries in opening up more profitable and technologically advanced niches. This so called „functional upgrading“ sometimes remains out of reach when lead firms or buyers are averse to support it or actively block these efforts⁴. Normally, the lead firm outsources certain parts which are considered less valuable or too costly to produce at home. Generally, the lead firm can choose from a variety of countries eager to gain foreign direct investment and jobs. Frequently, favorable tax, customs and profit repatriation arrangements are negotiated. During negotiations, the usually large MNC come with an array of lawyers often facing only weak human resources of their negotiating partner. The lead firm in general also sets the prices for its outsourced components (price-setter) while the firm further down the production process will usually be a price-taker. The lead firms most often make the pay-out prices a closely guarded secret. In the competition for access to value chain participation, frequently there are exclusivity arrangements, i.e. the outsourcing firm forbids the component supplier to supply other firms, possible competitors⁵. The example of the progressive implementation of a global broadband infrastructure is one of the main bones of contention between the US and China, representing the growing mistrust and race for supremacy of future markets. Lead firms often combine market power, technological and marketing prowess to obtain disproportionate bargaining power vis-a-vis their suppliers down the value chain. This enables them to define the performance criteria in terms of price, quality and delivery stan-

dards that shape the behavior of their suppliers. The development, manufacturing design and marketing of the final products is done or controlled by the lead firm, while the production of individual components is outsourced to suppliers. William Milbert distinguishes between lead firm structures as buyer-driven and producer-driven approaches, the former being predominantly found in consumer goods production. The latter is prevalent in production steps with a high value-added⁶.

Concerning the upgrading process, the World Bank report distinguishes between countries engaging in „limited manufacturing“, in „advanced manufacturing and services“, and „innovative activities“ (the latter mostly in industrial countries). Income comparisons show that GDP per capita growth is highest in the „limited“ group (first stage of GVC), medium in the „advanced“ and lowest in the „innovative“ one. Shifting production up the value chain is more difficult the more sophisticated production capabilities and skills are required. Nevertheless, power asymmetries along the value chain cannot be ignored. As Gereffi and Lee noted on upgrading using Apple as an example, their products iPods and iPhones are almost entirely assembled in China by Foxconn and Pegatron, two of the biggest electronics contract manufacturers. However, the overwhelming share of value is captured by Apple and other higher-end component suppliers from Japan, Korea and Germany⁷. The authors further conclude that „(...) a significant proportion of world production and exports is dominated by a handful of countries, the vast majority of countries and firms are marginalized with a few linkages to global industries and limited upgrading prospects“. They add that „the geography of production – which countries are in or out – is heavily affected by the decisions of global brands and their key contract manufacturers“⁸.

Distribution of GVC Gains

The World Bank report does acknowledge that the distribution of profits within GVC networks remain highly unequal across and within countries. This refers to differences in the rewards of capital and labor, between skilled and unskilled workers, male and female workers, as well as the distribution of firm mark-ups. It is widely acknowledged that greater fragmentation of a production process due to comparative advantage increases wage inequalities across all income levels. The report also shows that GVC development in developing and least developed countries (LDC) leads to uneven regional distribution of production facilities, since firms will locate around existing agglomerations, transport hubs (road, rail, ports) and sources of skilled labor. The vertical income distribution is likely to worsen in LDC, because skilled labor often is scarce. GVC are generally more skill-intensive than other trade flows. The more capital-intensive parts of a value chain a country acquires, the greater will be the demand for skilled labor⁹. In industrial countries, during the past 30 years of globalization wage shares in national income have fallen and income levels have diverged. Frequently, the major driver to outsource parts of the production is labor costs and automation, thus leading to a loss of well-paid industrial jobs in industrial countries. The outsourcing of labor-intensive processes to low and middle-income countries in general puts pressure on wages.

Nevertheless, it is important to emphasise that the relational nature of GVC also shows the opportunity to mitigate these negative

³ „Report“ always refers to the World Bank Global Development Report 2020.

⁴ Gary Gereffi, Jonkoo Lee (2015): *Global Value Chains, rising power firms and economic and social upgrading* Emerald Publishing Limited, Bingley (UK). p. 323.

⁵ This is also typical for the recent breaking up of supply chains between the US and China, imposed by the US government.

⁶ Milbert, William (2004): *The Changing Structure of Trade Linked to Globalized Production Systems: What are the Policy Implications?* International Labour Review Vol. 143, No 1-2. o.O. pp. 45 – 90.

⁷ Gary Gereffi, Jonkoo Lee (2015): *Global Value Chains, rising power firms and economic and social upgrading* Emerald Publishing Limited, Bingley (UK). p. 327.

⁸ op. cit. p. 326.

⁹ World Bank (2020). p. 87.

effects. In Bangladesh, participation in GVC increased the number of workers significantly, but large income differences appeared in the apparel sector. These differences hinge also on whether firms are part of the formal or informal sector and on their position in the value chain. Formal companies tend to pay more than the less visible informal sector (where the majority of workers are women). Because they are associated with their clients (the global brands), these unequal conditions have captured the attention of global consumers. For this reason, the question of how to deal with negative environmental and social impacts exerted a major incentives for the mainstreaming of corporate social responsibility (CSR) approaches within some GVC, using indicators and external certification schemes¹⁰. In the case of Bangladesh, this was even more the case after appalling lack of safety conditions became known worldwide when the Rana Raza building collapsed in 2013 with more than 1100 persons dead. GVC also contributed to a significant increase in firms' profits through rising mark-ups since the 1980s. Increased mark-ups in GVC intensive sectors are justified to a certain extent by organizational and logistical complexities. However, as the World Bank report mentions, the mark-up growth in combination with a distorted share of price shocks or cost reductions to consumers are likely to have increased the profit rate of these companies mainly located in advanced economies rather than emerging markets¹¹. The World Bank summarises this as follows: „In short, GVC primarily reward large international firms by reducing their production costs. However, these gains are only partly passed on to consumers or shared with suppliers. Because suppliers are predominantly in developing countries, the gains may be distributed unequally, even across countries in the value chain¹². The report does not hide that environmental and distributional effects of GVC may be negative, but maintains that appropriate policies, both in LDC and industrial countries, including more international cooperation, can mitigate these negative effects. The overall effect on development is assessed to be positive. The report concludes that these positive effects are likely to extend to everyone in society under the condition of an effective and functioning welfare state¹³.

Another important aspect in this regard concerns taxation. Company locational and outsourcing decisions are made from a business point of view, which also includes the arbitration between national tax systems. The World Bank makes this clear when it states that fragmentation of production often leads to greater intra-firm trade and thus opens up more opportunities for tax avoidance. Often, activities that generate high profits and require relatively little input are located in jurisdictions with low tax rates. According to UNCTAD, about 30 percent of cross-border corporate investments are routed through offshore hubs. UNCTAD estimates that in this way developing countries lose tax revenues of approximately \$100 billion a year¹⁴. This lost revenue could be used for improvements in social infrastructure, general welfare or to develop economies of scale and support the social cohesion in neighbouring regions. The growing share of “intangibles” – trademarks, licences, data and patents – poses special tax challenges to public authorities because of their mobility compared to traditional physical factors of production. Tax evasion or avoidance cannot be tackled on a national level alone. OECD has begun efforts with the BEPS project (Base Erosion and Profit Shifting) to generate

international rules to prevent tax shifting¹⁵. Other international bodies are also involved.

Environmental/Climate Effects

Current discussions also center on environmental/climate effects of international trade and GVC. The report states that today around 7% of global greenhouse gas emissions stem from transport of traded goods. It estimates large increases in the future. Many components of end products cross borders multiple times before being assembled into the final product. Because transport costs do in general not include full environmental costing, cost transparency could reduce outsourcing incentives. This would lead to stronger regional concentration of production – thus less transport and less negative environmental/climate effects. In addition, environmental standards are frequently lower in GVC countries than in the home countries of lead firms. This effect can only be mitigated by charging environmental import taxes. If the commitments of the Paris Agreement are taken seriously, the environmental/climate effects of a GVC strategy would have to be considered¹⁶.

Vulnerability of GVC to external factors

Are there national options to more autonomous development paths besides attracting GVC and foreign direct investment? The World Bank report offers no evidence that any country would benefit through disintegration and protectionism policies. An implication is that its trading partner would also be affected. It is likely that protectionism and disintegration of GVC negatively affect both positive backward and forward linkages. The report notes that the costs arising from sudden trade policy uncertainty are greatly increased in the case of GVC, because companies tend to hold back investing in relationships with foreign suppliers. A recent example is Brexit¹⁷. There are many indications that the United Kingdom's economy will be hit harder than the European Union because of the loss of the Union's domestic market for the UK suppliers, but also because many inputs into the UK manufacturing processes would become more expensive. More recent, but possibly more severe, are the attempts of the USA and China to separate “their” value chains (ostensibly for national security reasons). And the most recent example of the shutting of global supply lines as a result of the spreading Covid-19 virus shows clearly the vulnerability of this production and trade model to external events¹⁸. China's role as the major manufacturing hub and as the first country to be hit by the virus, has highlighted its importance both as a source and as a destination of manufacturing inputs¹⁹. Demertzis et al. estimate that among the EU27 manufacturing sectors, the Hungarian computer and electronics production will be most severely affected²⁰. Recent developments have shown that major Western producers, e.g. Apple and Boeing, Bayer, and many more, have had to close parts of their production facilities because of Chinese factories being closed²¹.

¹⁵ <https://www.oecd.org/tax/beps/>.

¹⁶ Kurt Bayer „12 Steps Towards „Fair“ Globalization, kurtbayer.wordpress.com, 28.6.2017.

¹⁷ The much more significant example is the Corona Virus. At the time of the completion of the World Development Report 2020 this was not even a remote possibility.

¹⁸ See e.g. Andrew Edcliffe-Johnson, „US big business focuses on weak links in supply chains“, Financial Times March 3, 2020 where the repatriation of supply chains is advocated by Commerce Secretary Ross, as a result of the Corona Virus.

¹⁹ Alicia García-Herrero. Epidemic tests China's supply chain dominance, Bruegel, Feb. 17, 2020, Brussels, <https://www.bruegel.org/2020/02/epidemic-tests-chinas-supply-chain-dominance/>

John Divine, How Coronavirus Affects the Global Supply Chain, US News, March 10, 2020, <https://money.usnews.com/investing/stock-market-news/articles/2020-03-10/how-coronavirus-is-affecting-the-global-supply-chain/>

²⁰ Maria Demertzis and Gerard Masllorens, The cost of coronavirus in terms of interrupted global value chains, Bruegel March 9, 2020; <https://www.bruegel.org/2020/03/the-cost-of-coronavirus-in-terms-of-interrupted-global-value-chains/>

²¹ Birgit Meyer, globale Wertschöpfungsketten: Wie das Coronavirus die Wirtschaft beeinflusst. Der

¹⁰ UNCTAD (2012): *Corporate Social Responsibility in Global Value Chains*, Geneva, p. 20; <https://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=246>.

¹¹ World Bank (2020) p. 84.

¹² op. cit. p. 86.

¹³ op. cit. p. 81.

¹⁴ op. cit. pp. 92-93.

Zerstört die Coronakrise Globale Wertschöpfungsketten als Entwicklungsmodell?

Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus hat die Rolle einer spezifischen Form der Globalisierung, nämlich globale Wertschöpfungsketten, in den öffentlichen Fokus gerückt. Im März 2020 ist es noch unklar, wie lang und wie tief diese Pandemie sein wird, und vor allem, was ihre langfristigen Auswirkungen auf die Globalisierung der Wirtschaften sein werden. Die Krise hat aber jedenfalls allen klar gemacht, wie verletzlich grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten in Bezug auf globale Katastrophen sind. Das vorliegende Papier untersucht die grundlegenden Bedingungen dieses relativ neuen Globalisierungsmodells für die industrielle Entwicklung von weniger entwickelten Ländern.

Heute (vor der Coronakrise) machen globale Wertschöpfungsketten etwa die Hälfte der internationalen Handelsströme aus, mit leicht fallender Tendenz seit der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die zunehmende Fragmentierung von Produktionsprozessen, die durch Auslagerungen von bestimmten Produktionsschritten und Komponenten aus Effizienz- und Kostenersparnisgründen gekennzeichnet ist, hat für viele weniger entwickelte Länder die spezialisierte Teilnahme am Welthandel ermöglicht. Wollen sie an dieser dynamischen Entwicklung teilhaben, müssen sie sich dafür bereitmachen, indem sie die Bedingungen der Leitfirmen erfüllen: sie müssen rechtlich durchsetzbare Schutz- und Regulierungsmechanismen entwickeln, Handels- und Profitströme liberalisieren und andere Barrieren abbauen. Internationale Finanzinstitutionen, wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds gehören zu den Promotoren dieses Entwicklungsmodells und sehen darin, wie der dieser Studie zugrundeliegende Weltentwicklungsbericht 2020 der Weltbank zeigt, einen Königsweg zu Wachstum und Armutsbekämpfung. Der Bericht beschreibt eine Reihe von erfolgreichen Anwendern dieser Strategie.

Es gibt jedoch eine Reihe von Negativa: neben der besonderen Verletzlichkeit des Modells, der ungleichen Machtverteilung zwischen „Lead“-Firmen (in den Industrieländern) und den Komponentenerzeugern in den Entwicklungsländern, die zu ungleicher Aneignung der Früchte der Wertschöpfungsketten und Abhängigkeiten führt, den negativen Verteilungseffekten sowohl in Industrie- als auch Entwicklungsländern, sind auch massive Negativeffekte auf Umwelt und Klima, vor allem durch multiple Transportwege, aber auch Auslagerungen in die Zielländer von besonders umweltbelastenden Produktionsschritten, zu vermerken. In einigen Entwicklungsländern wurden dagegen stärker „eigenständige“ Wege gegangen, die nicht die Integration in vom reichen Norden dominierte Entwicklungsmuster zum Ziel haben. Das Papier versucht, zwischen diesen verschiedenen Wegen abzuwägen.

The European national response strategies towards the Covid-19 virus also provide an insight into the role of trans-EU-European migration in GVC. Hofbauer examines that due to the disproportionate and mostly temporary migration (so called „Leiharbeit“), labor costs within GVC are reduced to the maximum²². From agricultural fieldwork (i.e. during the harvesting) to the care of seniors, the domestic demand of cheap labor (especially seasonal work) nowadays requires foreign labor. As seen during the Covid-19 pandemic, the enforced border closures between EU member states

²² Standard, Vienna, March 11, 2020.

²² Hannes Hofbauer (2018): Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert, P.201. Promedia Verlag, Wien.

shows that in some sectors in developed countries the basic infrastructure has become highly fragile and relies on cross-border commuting migration²³. In Austria, it is especially the care of the elderly which currently is in danger of collapsing²⁴.

The World Bank report does not address the question of spillovers into other parts of GVC-participating countries. Such spillovers would be one of the most important factors in determining whether a GVC strategy can serve as a longer-term development model. If only specific, small parts of the economy act as „insular“ pockets – where the rest of the country only serves as a supplier of infrastructure and labour for the GVC firms, (an experience not unknown in the discussion about special economic zones or free ports as drivers of development), this will generate even more uneven development and potentially lead to high social costs for the „rest“ of society. The empirical verdict is still out.

The World Bank mantra, that integrating LDC into world trade and thus GVC, ignores the fact that this makes LDC more dependent on decisions made elsewhere. As mentioned above, protectionist measures within GVC tend to have a domino effect on other trading partners in the value chain. Exports from China to the USA usually include significant value added from other developing countries like Indonesia and Malaysia. In this sense, US tariffs on China affected the economic performances (in the field of intermediate goods) of these countries as well²⁵. The often proclaimed advantage of a worldwide network in GVC has recently shown its weakness, as every external shock is passed on very quickly. Roman Stöllinger²⁶ notes in his research that the strong involvement of Eastern European countries into Western value chains, especially in machinery and automobile production, after a number of success years got them into trouble during the last crisis when outsourced automobile production and component units were the first to be downsized or closed down during the 2008 crisis. We also remember the 1990's hype about just-in-time production where inventory storage was given up and transferred to logistics and downstream firms. The vulnerability of this model on account of downstream work stoppages, natural disasters, hold-ups on borders, etc. has begun to lead to some „re-shoring“ of production²⁷.

Global Value Chains as Drivers of Successful Development?

International production networks and GVC are not new phenomena, even though their global magnitude increased dramatically since 1990, after the collapse of the Soviet Union and the expansion of an unrivalled unipolar capitalist world order. The concept of value chains as a development instrument for commodity-exporting countries has been analysed since the 1960s. Under the French term „filière“ (thread) a similar approach was used to examine the agricultural yield production in French colonies²⁸. The neoclassical finding („comparative advantage“) that trade liberalisation brings advantages to all participants through an undisturbed international division of labor has become a neo-liberal dogma, mainly promoted by already industrialized countries²⁹,

²³ Verena Kainrath (2020): Wie sicher ist die Lebensmittelversorgung?. Der Standard, Vienna, March 17, 2020.

²⁴ Gabriele Scherndl (2020): Wenn die Grenzen dicht gemacht werden, werden Pflegerinnen ausgesperrt. Der Standard, Vienna, March 14, 2020. In Austria, elderly care is outsourced to around 60.000 foreigners, mainly from Slovakia and Romania.

²⁵ World Bank (2020), p.113.

²⁶ In his note as discussant at the presentation of the 2020 World Development Report on Feb. 4, 2020 in Vienna.

²⁷ See Garcia-Herrero, op.cit

²⁸ Karin Fischer (2007): Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke (Page 106 – 126); In: Joachim Becker, Karen Irmhof, Johannes Jäger (et al): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd, Handel Geld Arbeit Staat. Mandelbaum Verlag, Wien.

²⁹ See also: Ha-Joon Chang (2002): Kicking Away the Ladder – Development Strategy in Historical Perspective. Anthem Press, London.

international financial institutions³⁰ and multinational enterprises. For developing countries, authors see the advantages of applying GVC approaches more critical. Frequently, industrialization strategies through import substitution, requiring interventionist foreign trade policies were recommended, in contrast to the impressive export-oriented industrialization successes of the east Asian tiger states Taiwan and Singapore³¹.

From a development policy point of view, the big advantage that can be attributed to GVC today is the possibility for relatively weak economies to participate in the dynamic world market in a specific function based on the division of labor. No longer whole products need to be produced and exported, but components suffice ("hyper-specialization"). The World Bank report promotes participation in GVC of less developed countries as a successful development model. According to the report, at their peak year in 2008 GVC accounted for 52% of total world trade, up from 37% in 1970. Since the start of the 2008 financial and economic crisis, the GVC share in total trade has fallen back slightly to around 48% in 2018³².

The World Bank maintains that this outsourcing/globalization model has led to significant growth in LDC, a reduction in poverty and a significant transfer of technology from industrial to LDC. Compared to achievements through domestic production and via trade in finished goods the results in productivity and income growth were much higher. Especially provinces with more internationalized firms experienced higher income growth for the bottom 40 percent of the population. A remarkable result is that the positive economic impact of higher employment rates and income were noticeable not only in provinces with more GVC participation, but also in neighbouring provinces. An illustrative case study of Bangladesh's development in the apparel and footwear industry points to two main reasons: hyper-specialization in specific tasks and durable firm-to-firm relationships. Another example analysed is Ethiopia, where the productivity of firms participating in GVC is twice that of similar firms participating in standard trade. According to the report, without ignoring the negative environmental and social effects (in particular the compliance of environmental and labour law), the overall economic situation (especially for women) has improved in many regions. Bangladesh has become one of the world's largest exporters of apparel and footwear, third only to China and Vietnam. Compared to 1988, the proportion of people living in extreme poverty fell from 44 percent to 15 percent in 2016 and enabled a sectoral diversification (into leather goods) and positive effects on other industrial branches like the plastics sector³³.

Conclusion

Whether or not GVC strategies are appropriate development strategies must be decided by the relevant authorities country-by-country, and case-by-case. The expected benefits of integration into the world economy must be assessed relative to negative effects on income distribution, on the environment, on the possibility of generating spillovers into the other parts of the economy, and vis-a-vis other models of development. Threats to social cohesion, to the vulnerability of countries' economies, and the risks of becoming caught in end-of-the-road dependency conditions have to be

taken into account. The recent protectionist and "my country first" strategies therefore, can be seen as signs of a growing tendency of reservation towards further globalization. In order to further contribute to general prosperity, the existing patterns of unequal value appropriation within the GVC approaches need to be rethought with a view to allowing the ascent of new economic partners. The desire of developing countries for more profitable and technologically advanced upgrades in national economic sectors must be taken seriously. This will require appropriate industrial strategies, long spurned, but recently looked at more favorably, by International Financial Institutions. The World Development Report unequivocally promotes further GVC development, but rightly mentions that to be successful, they must be very tightly managed to be successful. The negative aspects mentioned in the report are not merely unwanted side effects, but are integral parts of the model. Hence, the acceptance of LDC demand for more economic influence towards and respect by industrial countries and lead firms in GVC approaches is a necessary step against the continuing concentration of market power of developed countries. International financial and development institutions must become advocates of the interests of LDC and also address these uneven power relations. External events may change the trend towards outsourcing and further GVC development. It is very likely that the Coronavirus-induced interruption of global supply chains will lead to a re-thinking of the advantages and disadvantages of this model. This discussion needs to be conducted with strong participation of less developed countries, not exclusively by the "lead-firm" countries and their interests. 

Kurt Bayer ist Wirtschaftspublizist; frühere Tätigkeiten im WIFO, im Bundesministerium für Finanzen, in der Weltbank und Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Redaktionsmitglied von INTERNATIONAL. (Blog kurt-bayer.wordpress.com).

E-Mail: kurtbayer15@gmail.com

Lukas Silberbauer studierte Entwicklung und Agrarwissenschaften mit Schwerpunkt auf regionale Entwicklung und ist im Bereich der humanitären Hilfe tätig. Redaktionsmitglied von INTERNATIONAL.

E-Mail: silberbauer.lukas@yahoo.de

³⁰ See the discussion about the „Washington Consensus“, e.g. in D. Rodrik (2006) „Goodbye Washington Consensus, Hello Washington Confusion?“ *Journal of Economic Literature* XLIV.

³¹ Oliver Schwenk (2007): *Handel und Entwicklung – Entwicklungsprozesse in historischer Perspektive in Abhängigkeit von der Eingliederung in das internationale Handelsregime* (Page 91 - 105); In: Joachim Becker, Karen Irmhof, Johannes Jäger (et al): *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd, Handel Geld Arbeit Staat*. Madelbaum Verlag. Wien.

³² World Bank (2020): *op.cit.*, pp. 68 - 69.

³³ *op.cit.* p 67.



Die Seuche der **Repression**

Corona wird vorbeigehen — die Rückgewinnung unserer Freiheitsrechte und des sozialen Zusammenhaltes werden uns hingegen noch lange beschäftigen

Von **Hannes Hofbauer**

Man muss manchmal ein Stück auf Distanz gehen, um die Dinge klarer zu sehen. Mittendrin in diesem gewaltigen Umwälzungsprozess lassen wir uns von Suggestionen, dies alles sei alternativlos, vielleicht mitreißen. Überlegen wir uns, wie wir reagiert hätten, hätte man uns Anfang dieses Jahres vorhergesagt, was Mitte März 2020 Realität ist: die vollkommene Entrechtung aller Menschen in Deutschland, Österreich und praktisch ganz Europa und die irritierende Tatsache, dass dies von fast allen Menschen völlig widerstandslos hingenommen wird. Wir erleben derzeit die vollendete Dystopie. Wie konnte es so weit kommen? Einmal liegt es natürlich an dem geschickt gewählten Vorwand: der Volksgesundheit, einem Gut also, das allen nahegeht. Zum anderen gibt es eine Gewöhnung an Fügsamkeit, die durchaus das Ergebnis eines langen, bewusst gesteuerten Prozesses ist. Wachen wir auf und erkennen: Nicht das Virus ist das Problem, sondern das, was die Regierungen unter Berufung auf ihn mit unserer Freiheit anstellen!

Wir kennen das von großen geopolitischen Ereignissen. Da werden tatsächlich bestehende Krisen und Konflikte, wie sie einzelne Länder oder Regionen plagen, von außen instrumentalisiert. Erinnerung sei nur an den Zerfallsprozess im Jugoslawien der 1990er Jahre oder an die seit 2013/2014 bestehende Ukraine-Krise. Soziale

Unzufriedenheit mit einer korrupten Regierung wurde von äußeren Kräften dynamisiert, um wirtschaftliche und/oder strategische Interessen durchzusetzen.

Warum ich mit solchen Beispielen einen Beitrag über autoritär verfügte Repressionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Krise beginne, ist rasch erklärt. In dem heute uns alle betreffenden Fall wird ein tatsächliches gesundheitliches Problem, über dessen Schwere sich Virologen streiten, dazu benützt, den Polizeistaat zu implementieren. Vorab zur Klarstellung: das Coronavirus soll und darf nicht unterschätzt werden, aber fest steht auch, dass die zur Pandemie erhobene Epidemie vorübergehen wird, während die Menschen in Österreich und anderen europäischen Ländern am aufgebauten Repressionsapparat noch lange leiden werden.

Sämtliche Staatskanzleien, die seit Wochen Panik verbreiten, bestätigen dies indirekt, wenn sie davon ausgehen, dass die Ausbreitung des Virus erst dann gestoppt werden kann, wenn mehr als die Hälfte der Bevölkerung damit infiziert und in der Folge immunisiert ist. Wenn sich also das Virus an der sogenannten Herdenimmunität selbst erledigt, dann braucht es doch eher Vorsicht und Empfehlungen als eine das soziale Leben abwürgende Verbotsmaschine.

Vorbild Österreich

Österreich war einer der ersten Staaten in Europa, der seine demokratische Maske fallengelassen hat. Kanzler Sebastian Kurz weist immer wieder stolz darauf hin, wie er sich in Südkorea und vor allem Israel Tipps holte, um das soziale Leben kaltzustellen. Es war der 15. März 2020, ein frühlingshafter Sonntag, an dem Parlament, Bundesrat und Bundespräsident in wenigen Stunden ein Gesetzespaket geschnürt und damit de facto den Notstand ausgerufen haben. Genannt wurde er dennoch nicht so, erinnert dieses Wort doch an die Notstandsverordnung des Jahres 1933, mit der die Austrofaschisten rund um Engelbert Dollfuß den Machtwechsel zum „Ständestaat“ vollzogen.

Diesmal ging alles parlamentarisch pipi-fein durch den Plenarsaal auf den Schreibtisch von Präsident Alexander van der Bellen. Die Grünen, seit wenigen Wochen als Juniorpartner in diversen Regierungsämtern, hatten zwar für viele Funktionen noch keine Pressesprecher eingerichtet, beteuerten aber gemeinsam mit dem konservativ-autoritären Kanzler, dass die Lahmlegung des sozialen Lebens notwendig sei. „Der Feind ist das Virus“, sollte später auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula van der Leyen die Kriegsrhetorik auspacken.

Seit dem 15. März 2020 herrscht Ausgangsverbot, genannt: Ausgangsbeschränkung. Bald zogen Länder wie Frankreich und Deutschland nach. Die eigene Wohnung darf nur mehr aus dringenden Gründen verlassen werden: einem unaufschiebbarem Weg zum Arbeitsplatz, der gefälligst zu Hause einzurichten ist, zum Einkaufen von Lebensmitteln und um für jemand anderen medizinische Hilfe zu holen. Um den Block zu spazieren, ist nur alleine erlaubt oder mit einer Person, die nachweislich im selben Haushalt lebt. Wo drei oder mehr Menschen zusammenstehen, schreitet die Exekutive, vorbildlich mit Mundschutz, Handschuhen und Elektroschockern ausgestattet, ein. Polizei und LKWs teilen sich die Überlandstraßen, demnächst kommen teilmobilisierte 3000 Militärs hinzu.

Wer hätte Ende Februar gedacht, dass sich zwei Wochen später Europas Unverantwortliche im Lizitationskampf um die härtesten Einschnitte ins Leben der BewohnerInnen befinden: isolierte Gemeinden, abgesperrte Bezirke, Tirol unter Totalquarantäne, Staatsgrenzen zu, der Schengenraum abgeschottet, spezielle Ausweise für den Gang zum Supermarkt. Die Staaten überbieten einander in Verbotsagenden. Die 14-tägige Zwangsquarantäne vor oder nach Grenzübertreten hat das Unwort von der „Weltoffenheit“ abgelöst. Wir erleben, neben all dem Wahnsinn, den Offenbarungseid der Europäischen Union.

Ernüchternd bislang auch die grassierende Apathie gegenüber den Verordnungen; und die sich rasch einstellende Routine, mit der die neuen asozialen Verhaltensregeln angenommen werden. Der Mann in der fast leeren U-Bahn, der einem einsteigenden Bekannten den Ellbogen statt der Hand reicht, die Bankangestellte, die einen mit riesigem, über die halben Augen reichenden Mund- und Nasenschutz sowie schwarzen Handschuhen von der Weite mit der Aufforderung begrüßt, Abstand zu halten. Übereifrige, die sich selbst zu Verhaltenswächtern stilisieren, so wie jener Mann, der im Wiener Türkenschanzpark die Polizei rief, weil sich eine Mutter mit Kleinkind nicht an die Sperre des Kinderspielplatzes hielt. Man ertappt sich schon selbst dabei, mit heruntergezogenem Pullover die Klinken der eigenen Klotür zu öffnen. Es herrschen dystopische Zustände.

Freilich, lange werden sie sich nicht halten. Der Mensch ist ein Zoon politicon, ein soziales Wesen. Wie der Fisch das Wasser braucht er die Gemeinschaft. Und erste Ansätze von Protest regen sich bereits. Wenn in Wien – wie in vielen italienischen Städten

„Der vollkommen entrechtete Mensch ist Wirklichkeit geworden. Im Dienste der Volksgesundheit. Wer soll das glauben?“

– um 18 Uhr an offenen Fenstern Musik gemacht oder geklatscht wird, dann ist das noch keine kräftige Opposition zum Polizeistaat, aber ein Ausdruck von Unzufriedenheit. Lange kann der Mensch die auferlegte Isolation nicht ertragen.

Es ist nicht das Virus, es ist die Repression

Worüber man sich verständigen sollte: Vorweg: Ein Masterplan zur Kontrolle von allem und jedem liegt der Repressionsmaschine nicht zugrunde. Dazu läuft alles zu unkoordiniert ab und tritt die sichtbare Rat- und Kompetenzlosigkeit von Politikern zu häufig vor die Kameras. Allerdings fällt auf, mit welcher Ausdauer und Heftigkeit die sogenannten Fallzahlen und Todesfälle gehypt werden. An der schieren Anzahl kann's nicht liegen. China, wo das Coronavirus erstmals identifiziert wurde, meldet zum 18. März 2020 3237 Verstorbene, was verglichen mit anderen Infektionen – wie Malaria in Afrika – keine große Panik auslösen müsste. Und in Italien, dem im Verhältnis zur Einwohnerzahl am heftigsten betroffenen Land der Welt, sind es 2503.

„Es ist nicht das Virus, das unser Leben dermaßen umgekrempelt hat, sondern die Antwort der Mächtigen darauf. Warum sie dies taten und welche Kalküle dahinter stehen, darüber lohnt es sich nachzudenken.“

Eine Besonderheit bei der – nennen wir sie für einmal so – Corona-Krise besteht darin, dass sie nicht wie die allermeisten Krankheiten vornehmlich die armen Klassen betrifft, sondern umgekehrt bei den reicheren zuschlägt.

Das Virus tut dies freilich nicht, weil es Arme und Reiche unterscheiden könnte, sondern weil seine rasante Verbreitung der weltweiten Mobilität zuzuschreiben ist. Und es sind nun einmal die besser Situierten, die Wirtschaftsbosse und EU-Abgeordneten, die alle paar Tage in voll gepackten Fliegern stundenlang dieselbe, zirkulierende Aircondition-Luft einatmen; ein idealer Verbreitungs-ort für ansteckende Krankheiten, wie jeder und jede weiß, der oder die öfter durch die Luft fliegt. Es dürfte auch nicht ganz zufällig sein, dass ausgerechnet Mailand, der europäische Hot Spot der Haute Couture und Fashion-Mode – Made in China – zum Einfallstor für das Virus geworden ist. Und in Österreich trugen die Skigebiete der High Society, Sankt Anton am Arlberg und Ischgl, entscheidend zur Ausbreitung des Virus bei. Beide sind mittlerweile unter absolute Quarantäne gestellt.

Von der Frau des spanischen Ministerpräsidenten Begona Gomez bis zum CDU-Hoffnungsträger Friedrich Merz ist die Oberschicht verhältnismäßig stark betroffen, was sich wiederum politisch und medial entsprechend niederschlägt. Der Klassencharakter der Virus-Verbreitung wird freilich in den großen Medienhäusern oder der Politik nicht thematisiert, stattdessen hat man sich darauf verständigt, den Schutz der Alten und Kranken in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken. Das kommt gut an und verhindert etwaiges Nachfragen.

Wer profitiert und wer verliert?

Die von der Politik lancierte und von den Medien transportierte

Panik mit all ihren polizeistaatlichen Maßnahmen hat das gesellschaftliche Leben zum Erliegen gebracht und greift das wirtschaftliche rapide an. Die Sorge vor der großen Rezession greift um sich, sie ist begründet. Worin besteht also die Logik, dermaßen extreme Maßnahmen zu ergreifen, die den Unternehmen und den Investoren schaden? Oder äußert sich hierin ein politisches Primat über ökonomische Prozesse – mithin eine Zeitenwende, die nach rechts, aber auch nach links ausschlagen könnte?

„Die wichtigsten wirtschaftlichen Profiteure sind allerdings weder jene, die es gut verstehen, im Anschluss an die Krise möglichst viel und effizient Staatsknete abgreifen zu können, noch eine ganze Branche wie die Pharmaindustrie, sondern die jeweils kapitalstärksten Unternehmen gegen die kleinere, schwächere Konkurrenz.“

Auf derart knifflige Fragen muss es mehrere Antworten geben. Da ist einmal eine einleuchtende, die von linken Ökonomen wie Winfried Wolf im neuen Lunapark²¹ vertreten wird. Ihm zufolge befanden sich wichtige Sektoren, allen voran die Automobilindustrie, bereits lange vor dem viralen Ausbruch in einer tiefen Krise, die Produktionszahlen gingen zurück, die Klimafrage drohte zur Existenzfrage zu werden. Diese Sektoren könnten mit staatlich verfügbarer Hilfe, die nun angeblich wegen Corona notwendig geworden ist, eine ungeahnte Anschubfinanzierung für einen neuen Akkumulationszyklus erhalten. Auch direkte Verstaatlichungen, mit denen Geld wie bei der Weltwirtschaftskrise 2007/2008 in marode Banken gepumpt wurde, die sich damit sanierten, um anschließend weiterzumachen wie bisher, sind denkbar. Mit der Fluglinie Alitalia ist dies bereits gelungen.

Auch jenseits von Verstaatlichungen werden überall hoch dotierte Rettungspakete geschnürt. In Österreich vermeldete das Kanzleramt am 19. Mai 2020, 38 Mrd. Euro in „die Wirtschaft“ stecken zu wollen. Beim Run auf die Formulare kommen dafür ausgebildete Rechtsanwaltskanzleien ins Spiel, die sich große Unternehmen eher leisten können als kleine und mittelständische Unternehmen, die KMUs. Auch für diese Klein- und Mittelbetriebe, so die Regierung, wird es eigene Fonds geben, die unbürokratisch Geld verteilen. Dieses Geld ist natürlich nicht vorhanden, nirgends budgetiert. Zur Requirierung böte sich ein über die Zentralbanken verordnetes Bail-In an, ein Geldabschöpfen von Sparbüchern oder Anleihen.

Als Vorbild könnte man die Staatskrise in Zypern nehmen. Dort retteten im März 2016 der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank das zypriotische Bankensystem mit einem Monsterkredit von 17 Milliarden Euro, den sie sich durch den Zugriff auf die Sparbücher aller Zyprioten besichern ließen. Sämtliche Guthaben über 100.000 Euro wurden abgezogen, auch wenn es sich dabei um Betriebspensionskassen wie jene der Universitätsangestellten handelte. Das Bail-Out, Raushauen, der Banken wurde mit dem Bail-In, Reinhauen oder Eintunken, der Sparsbuchbesitzer betrieben.

Die Summe, die nach der sogenannten Corona-Krise für die Rettung der Betriebe notwendig sein wird, übersteigt freilich das vergleichsweise überschaubare zypriotische Vorbild aus dem Jahr 2013. Entsprechend radikaler könnten die Einschnitte sein.

Freilich gibt es in einer Krise wie der jetzigen nicht nur Verlierer, die auf staatliche Rettung warten, sondern auch direkte Profiteure. Als krassestes Beispiel muss hier die Pharmaindustrie genannt

werden. Diese hat im vergangenen Jahrzehnt einen Siegeslauf – unter anderem gegen die Tabakindustrie – hingelegt, der andere Branchen vor Neid erblassen lässt. Wer die Werbespots der großen TV-Anstalten beobachtet, dem fällt seit langem auf, wie zentral Medikamente sich dort breit gemacht haben. Das Coronavirus bietet phantastische Möglichkeiten, mit Testungen, Schutzkleidung und Impfstoffen Kassa zu machen.

Dies gilt für alle Bereiche und Branchen. Es steht ein immenser Konzentrationsprozess bevor. Außer dem Lebensmittelhandel, den Tabakläden und den Apotheken wurden ja so gut wie alle Geschäfte behördlich gesperrt. Das trifft die kleineren, Eigentümer geführten Unternehmen härter als die großen, weil sie wochenlangen Verdienstausschlag schlicht weniger gut verkraften als internationale Ketten.

Das Beispiel des Buchhandels mag die Situation erklären. Da haben sich Berlin und Wien in ihrem Corona-Wahn angemäht, sämtliche Buchhandlungen zu schließen. Sie öffnen damit den gesamten Markt für den ohnehin schon monopolartig agierenden US-Riesen Amazon, der seine pakistanischen, outgesourcten Lieferanten nun umso mehr durch die Städte hetzt. Der kleine Laden an der Ecke oder die gut sortierte Großbuchhandlung neben der Universität, die auch geschlossen ist, bezahlen weiter Miete, Strom, Gas, Wasser, eventuell auch Angestellte, wenn sie nicht in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Soviel staatlicher Eingriff zugunsten des Branchenführers wäre ohne die autoritär-repressive Politik nie möglich gewesen.

Verlierer sind neben den kleineren Unternehmern natürlich auch alle, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft.

Hunderttausende stehen demnächst vor dem Arbeitsamt, in Österreich waren es in den ersten beiden Tagen nach den Geschäftsschließungen bereits 49.000. Die Handels- und Industrieunternehmen sowie die Dienstleister müssen nach kapitalistischer Rationalität reagieren, um im System überleben zu können. Für die Beschäftigten bedeutet dies im Fall, dass Unternehmen geschlossen sind – und das ist in diesen Zeiten der Normalfall – die Kündigung. Bemühungen um staatliche Unterstützung, wie Kurzarbeitszeitregelungen oder ähnliches, können wieder nur jene in Anspruch nehmen, deren Kraft – finanziell und arbeitstechnisch – dafür ausreicht.

Der repressive Staat, soviel ist nach diesen kurzen Erläuterungen klar geworden, macht für manche Sinn. Ökonomisch stärkt er die Starken und politisch die Autoritären, eine toxische Mischung, die wir uns alle nicht gefallen lassen dürfen. 

Quellen und Anmerkungen: Von Hannes Hofbauer ist erschienen: *Die Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter* (<https://mediashop.at/buecher/die-diktatur-des-kapitals-2/>) (Promedia Verlag, Wien)

Hannes Hofbauer, Jahrgang 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien. Er arbeitet als Publizist und Verleger. Im Promedia-Verlag sind von ihm unter anderem erschienen „EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen“, „Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter“ und „Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung“.

E-Mail: hofbauer@mediashop.at



Die Kollateralschäden

Sind die sozialen Folgen der Corona-Krise womöglich schlimmer als das Virus selbst?

Von **Tilo Gräser**

FotoDuets/[Shutterstock.com](https://www.shutterstock.com)

Mit deutlichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens versuchen Regierungen zu verhindern, dass sich das neue Corona-Virus schnell weiter ausbreitet. Das reicht vom deutschen Kontaktverbot bis zu drastischen Ausgangssperren in anderen Ländern. Neben der mutmaßlich hohen Akzeptanz dafür gibt es zunehmend Warnungen vor den Folgen.

Die Corona-Krise verunsichert viele Menschen. Dafür sorgt nicht nur der neue Corona-Virus Sars-Cov-2 und die von ihm ausgelöste Krankheit Covid-19. Dafür sorgen ebenso die Maßnahmen der sozialen Distanz, des „Social Distancing“. Damit soll die Ausbreitung des Virus gebremst werden. Dem dienen politische verordnete Maßnahmen, wie hierzulande Versammlungs- und Kontaktverbote. Anderswo werden schärfere Ausgangssperren durchgesetzt.

Nur selten wird nach Kosten und Nutzen der Maßnahmen gefragt. Die medizinischen und wirtschaftlichen Folgen werden breit diskutiert. Dagegen spielen die sozialen Folgen der Anti-Corona-Maßnahmen nur eine geringe Rolle. Wohlmeinende Aufrufe, die unterbrochenen realen sozialen Kontakte digital zu pflegen, werden vermutlich nur wenig helfen.

Die sozialen Folgen haben aber nicht nur in der Bundesrepublik eine nicht zu missachtende Dimension. „Weltweit sind etwa eine Milliarde Menschen gezwungen, zuhause zu bleiben, ein noch nie da gewesenes Sozialexperiment mit offenem Ausgang“, stellte ein Beitrag (<https://www.heise.de/tp/features/Soziale-Folgen-des-Social-Distancing-4687769.html>) zum Thema im Online-Magazin „Telepolis“ vom 23. März fest. Autor Bulgan Molor-Erdene meint, das Social bzw. Physical Distancing stelle viele vor schwere Probleme.

Schwere Folgen für Ältere

Er verweist nicht nur auf das Problem der häuslichen Gewalt. Das hat sich in China gezeigt und wird inzwischen auch in der Bundesrepublik als Problem angesehen. „Eines der Risiken der häuslichen Isolation ist ein Anstieg der häuslichen Gewalt“, sagte

(<https://www.handelsblatt.com/politik/international/blog-corona-tagebuch-eine-persoennliche-lesung-am-telefon-stille-statt-jubeltaenze/25656900.html?ticket=ST-1035663-lgVFGpiM1lc-y9TvsTMXS-api>) Österreichs Frauenministerin Susanne Raab am 19. März.

„Es geht um physische und psychische Gewalt.“

Auch Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) befürchtet eine Zunahme von häuslicher Gewalt, wie die Bundesregierung am Dienstag mitteilte (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/ausnahmesituation-fuer-familien-1734472>).

Im „Telepolis“-Beitrag wird darauf aufmerksam gemacht, dass Sozialdienste ihre persönlichen Besuche bei Klienten und Bedürftigen einschränken. Familienministerin Giffey versprach, alles dafür zu tun, dass die sozialen Angebote weitgehend erhalten bleiben. Das müssen die Einrichtungen vor Ort und deren Mitarbeitenden unter erschwerten Bedingungen umsetzen. Wie die Hilfe für ihre wichtige Arbeit aussieht, wird sich zeigen.

Molot-Erdene lenkt den Blick auf ein weiteres Problem: Nach Angaben

(<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/4-1-alleinstehende.html>) des Statistischen Bundesamtes gehörten im Jahr 2018 zu den rund 16,9 Millionen Alleinlebenden in der Bundesrepublik 5,9 Millionen Menschen im Alter ab 65 Jahren.

„Social Distancing“ hat auch schwere Folgen für alte Menschen, insbesondere für diejenigen, die alleine leben.“

Pflegebedürftige besonders betroffen

Besonders für Pflegebedürftige sind die gegenwärtigen Zeiten schwer zu ertragen. So sind etwa Möglichkeiten, Bewohner von Alten- und Pflegeheimen zu besuchen, deutlich eingeschränkt

(<https://www.biva.de/besuchseinschraenkungen-in-alten-und-pflegeheimen-wegen-corona/>). Ausgangsmöglichkeiten der Bewohner sind ebenso eingeschränkt. Drastisch geht unter anderem Brandenburg

(<https://kkm.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/SARS-CoV-2-EindV2-1.pdf>) vor: Dort dürfen die Betroffenen in Pflegeheimen und besonderen Wohnformen keinen Besuch empfangen. Die Ausnahme:

„Schwerstkranke dürfen, insbesondere zur Sterbebegleitung, Besuch von Seelsorgern, Urkundspersonen sowie nach ärztlicher Genehmigung von ihnen nahestehenden Personen empfangen.“

In der Bundesrepublik gibt es etwa 3,4 Millionen

(https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2019/PD19_36_p002.html) Pflegebedürftige. Etwa 820.000 von ihnen werden in Pflegeheimen betreut. „Bei diesen kann die Ausgangssperre und auch das Besuchsverbot schwere gesundheitliche Folgen hervorrufen“, heißt es bei „Telepolis“. Der Autor zitiert aus dem Magazin „Science“, wo es in einem Beitrag vom 16. März heißt

(<https://www.sciencemag.org/news/2020/03/we-are-social-species-how-will-social-distancing-affect-us#>):

„Soziale Distanzierung verhindert Infektionen, aber sie kann unbeabsichtigte Folgen haben.“

Eine 2015 durchgeführte Analyse der Psychologin Julianne Holt-Lunstad von der Brigham Young University in den USA, habe ergeben, dass chronische soziale Isolation das Sterblichkeitsrisiko um 29 Prozent erhöhe.

Zugleich hatte die Wissenschaftlerin dem Magazin zufolge herausgefunden, dass Menschen jeden Alters anfällig sind für die negativen Auswirkungen sozialer Isolation und Einsamkeit. In einem Bericht, an dem Holt-Lunstad mitwirkte, sei festgestellt

worden, dass ältere Menschen anfälliger seien. So könne bei ihnen der Verlust von Familie oder Freunden, chronische Krankheiten und sensorische Beeinträchtigungen wie Hörverlust, dazu führen, dass sie schlechter soziale Kontakte pflegen und sich austauschen können.

Folgen für Alleinerziehende und Familien

Die politischen Maßnahmen belasten ebenso die Alleinerziehenden besonders, warnt der „Telepolis“-Beitrag. Das betrifft

(https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2018/Al-leinerziehende/pm-alleinerziehende.pdf?__blob=publication-File) vor allem die rund 1,5 Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren. Laut Statistischem Bundesamt waren in Deutschland im Jahr 2018 rund 692.000 Alleinerziehende mit Kindern unter 13 Jahren erwerbstätig, die von den geschlossenen Kindergärten und Schulen betroffen

(https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/03/PD20_No12_122.html) sind. „Doch auch auf Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, können Betreuungsgengpässe zukommen“, so die Statistiker am 17. März. Das träfe 3,5 Millionen Paarfamilien mit Kindern unter 13 Jahren.

Der „Telepolis“-Beitrag verweist außerdem auf eine Studie der Universität Toronto zu den Auswirkungen der Quarantäne nach dem Ausbruch des Sars-Virus 2003. Die kanadischen Wissenschaftler stellten

(<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3323345/>) dabei fest, dass etwa ein Drittel der Befragten Symptome einer post-traumatischen Belastungsstörung (PTBS) und einer Depression zeigten. Die Betroffenen hätten es vor allem als belastend empfunden, wenn wichtige Informationen und Benachrichtigungen zur Lage nicht zuverlässig und zusammenhängend waren.

„Die Kenntnis und das Verständnis der Erfahrungen von Personen in Quarantäne sind entscheidend, um die Eindämmung von Infektionskrankheiten zu maximieren und die negativen Auswirkungen auf die in Quarantäne befindlichen Personen, ihre Familien und sozialen Netzwerke zu minimieren“, wie die kanadischen Wissenschaftler bereits 2004 forderten.

Unzureichende Informationen für Bevölkerung

Diese und andere Erfahrungen aus Katastrophensituationen zu nutzen, fordert ebenso ein Text, den das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) am 20. März veröffentlichte

(https://www.ufz.de/index.php?de=36336&webc_pm=15/2020). Nur wenige der offiziellen Erklärungen in der Corona-Krise würden „sich mit den zahlreichen praktischen und psychologischen Herausforderungen der Krisenbewältigung“ beschäftigen, so der Autor und Ökonom Reimund Schwarze. Das gelte nicht nur für die Mitarbeiter des Gesundheitswesens, sondern gleichfalls für die Bevölkerung. Von den Quarantäne-Maßnahmen seien Tausende von Menschen für eine unklare Zeitspanne betroffen — „ein bedeutendes gesellschaftliches Risiko“.

Schwarze verweist auf das Problem, ob und wie die Maßnahmen gerechtfertigt, legitimiert, sind. So hat die Rechtsprofessorin Andrea Edenharter am Mittwoch gegenüber der Frankfurter Rundschau die drastischen Schritte der Regierung als „verfassungswidrig“

(<https://www.fr.de/politik/ein-verfassungswidriger-eingriff-freiheitsrechte-13618487.html%20eingestuft>). Der UFZ-Wissenschaftler macht klar, dass die Entscheider in solchen Fällen sich immer auf unsicherem Gebiet mit sich ständig veränderten Bedingungen bewegen. Aber bei den aktuellen Maßnahmen falle auf, „dass es zwischen Händewaschen, Isolierungsstrategien und

der Entdeckung eines wirksamen Impfstoffs in den Bereichen der privaten und öffentlichen Versorgung kaum abgestufte Schutzmechanismen gibt“.

Der Ökonom bedauert, dass es anscheinend nur „wenig Raum für Lösungen im Graubereich“ gebe.

„Solche Maßnahmen im Graubereich wie z.B. häusliche Quarantäne oder Ausnahmen für bestimmte Berufsgruppen, zeigen sich aber in Studien, zum Beispiel aus der Hochwasserforschung, effektiver und effizienter.“

Dazu müssen sie auf den konkreten Zusammenhang zugeschnitten sein.

„Wir kommen sicher auch mit ‚harten‘ Maßnahmen durch die Krise, aber ob diese die Auswirkungen und die Verluste minimieren, ist mit Blick auf die vorhandene Evidenz eher zweifelhaft.“

Umfangreiche Perspektive notwendig

Schwarze betont, dass die sozialen und psychologischen Folgen der Krisen-Maßnahmen nicht unterschätzt werden dürfen. Die Maßnahmen würden sich auf die öffentliche Gesundheit auswirken:

„Zu diesen Auswirkungen gehören der Druck und Stress auf die psychische und allgemeine Gesundheit der Menschen, die durch den Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen entstehen.“

Pandemien wie die gegenwärtige dürften „nicht nur als eine medizinische Angelegenheit oder als ein Problem des Zivilschutzes behandelt werden“, fordert der UFZ-Wissenschaftler. Deshalb sollten seiner Meinung „nicht nur medizinische, virologische und epidemiologische Experten als wissenschaftliche Berater“ hinzugezogen werden. Ebenso sollten allgemeine Risikoforscher, Ökonomen, Forscher im Risikobereich, Praktiker und Akademiker einbezogen werden, „mit dem Auftrag, ihr Wissen und ihre analytischen Fähigkeiten bei der Suche nach Lösungen einzubringen“.

Schwarze geht noch weiter:

„Neben Wissenschaftlern und Experten sollten auch Vertreter relevanter Teile der Gesellschaft, einschließlich Gewerkschaftsorganisationen, Vertreter von Schullehrern und Universitätsdekanen sowie die Wirtschaft in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Experten im traditionellen Sinn der Seuchenbekämpfung sind angesichts der systemischen Risiken nicht in der Lage, die Auswahlentscheidungen der Politik hinreichend mit Blick auf die ‚gute‘, d.h. die Auswirkungen und Verluste von gesellschaftlichen Risiken minimierende Bewältigung der Coronavirus-Krise zu informieren.“

Warnung vor gesellschaftlicher Desintegration

Auch der renommierte serbisch-US-amerikanische Ökonom Branko Milanovic warnt (<https://www.foreignaffairs.com/articles/2020-03-19/real-pandemic-danger-social-collapse>) in einem Beitrag im renommierten US-Magazin Foreign Affairs vor einem sozialen Zusammenbruch in Folge der Pandemie. Er beschäftigt sich zwar vorrangig mit den wirtschaftlichen Problemen der Corona-Krise. Milanovic stellt aber klar, dass die öffentliche Gesundheit ebenso gefährdet werde, „wenn Menschen Angst haben oder es ihnen wegen der Wahrscheinlichkeit, sich anzustecken, verboten wird, Restaurants oder öffentliche Veranstaltungen zu besuchen“. Er warnt, dass „der menschliche Tribut der Krankheit der wichtigste Kostenfaktor“ sei und „zu einer gesellschaftlichen Desintegration führen könnte“:

„Diejenigen, die hoffnungslos, arbeitslos und ohne Vermögen bleiben, könnten sich leicht gegen diejenigen wenden, denen es besser geht.“

Wenn in Folge der Corona-Krise mehr Menschen noch weniger haben als vorher und ohne Arbeit blieben, würden Wut und Ver-

zweiflung um sich greifen. Dann könnten „Szenen wie die jüngste Flucht von Gefangenen in Italien oder die Plünderungen nach dem Hurrikan Katrina in New Orleans im Jahr 2005 alltäglich werden“, so Milanovic.

„Wenn die Regierungen darauf zurückgreifen müssen, paramilitärische oder militärische Kräfte einzusetzen, um z.B. Aufstände oder Angriffe auf Eigentum zu unterdrücken, könnten Gesellschaften beginnen, sich aufzulösen.“

Der Ökonom fordert, auch durch Wirtschaftspolitik einen sozialen Zusammenbruch zu verhindern und soziale Bindungen zu stärken.

Isolationsstrategie mit Folgen

„Eine Gesellschaft sollte und wird immer abwägen zwischen den kurzfristigen Effekten einer Isolierungsstrategie und den ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen, die daraus insgesamt entstehen.“ Das meint der deutsche Ökonom Thomas Straubhaar in am 21. März veröffentlichten (<https://www.capital.de/wirtschaft-politik/thomas-straubhaar-die-oeffentliche-meinung-wird-kippen>) Interview mit dem Magazin Capital.

„Jetzt gibt es noch bei zwei Dritteln der Bevölkerung Zustimmung zum Vorgehen der Bundesregierung. Wird an sozialen Isolationsstrategien und Ausgehsperrungen festgehalten, werden wir Ende April bei 50:50 sein. Und danach wird die Diskussion kippen.“

Straubhaar hatte zuvor am 16. März in der Zeitung Die Welt auf die „sozioökonomischen Kosten einer Isolierungsstrategie für die gesamte Gesellschaft“ hingewiesen (<https://www.welt.de/wirtschaft/article206586337/Coronavirus-Kontrollierte-Infizierung-ist-die-beste-Strategie.html>), so „die zu erwartende Arbeitslosigkeit oder den Ausfall von Selbsthilfegruppen oder Vereinsabenden“. Er warnt, dass „der Kollaps des öffentlichen Lebens keine Sache von Wochen, sondern bestenfalls Monaten, wohl aber noch deutlich längerer Zeitläufe sein wird. Werden Schulen und Universitäten, Sportstadien und Fitnessstudios, Kinos und Theater nämlich auch nur einen Tag zu früh wieder für den Normalbetrieb freigegeben, werden alle vorherigen Anstrengungen beim Kampf gegen Ansteckung und Erkrankungen wiederum auf die Stunde null zurückgeworfen und alles würde wieder von vorne losgehen.“

Straubhaar meint, deshalb sei es „nicht Zynismus oder Kaltherzigkeit, mindestens zu hinterfragen, ob nicht das Ziel der Minimierung von Leid und Todesfällen in einer Gesellschaft durch eine ganz andere und eben bessere Alternative als der Strategie des Zeitgewinns erreichbar wäre“.

„Er spricht sich dafür aus, „alle Ressourcen darauf zu konzentrieren, jene Minderheit von Hochrisikogruppen zu schützen, deren Leben durch das Coronavirus bedroht wird — also nach heutigem Kenntnisstand die Älteren und Personen mit gewissen Vorerkrankungen.“

Angriffe auf alternative Sichten

Das könne so geschehen:

„Wer eine bestimmte Altersgrenze überschritten hat oder im Erkrankungsfall besonders an Leib und Leben gefährdet ist, darf Wohnung, Haus, Pflege- oder Altenheim nicht mehr ungeschützt verlassen.“ Und es „müsse sichergestellt werden, dass die Kapazitäten genügen, um alle Risikopersonen behandeln zu können, die

sich trotz aller Vorsicht, Prävention und Vorsorge dennoch infizieren. Und selbstredend spricht alles dafür, so rasch wie irgendwie möglich Behandlungs- und Betreuungsangebote auszuweiten.“

Zur heftigen Kritik an seinen Vorschlägen erklärte Straubhaar im Capital-Interview:

„Ich habe mir nie angemaßt, ein medizinisches Urteil fällen zu können. Ich habe immer gesagt, dass ich mich auf den aktuellen Wissensstand der Virologen und Mediziner beziehe, die bisher davon ausgehen, dass die Folgen des Coronavirus für Ältere weit dramatischer sind als für Jüngere und dass Menschen mit Vorbelastungen durch andere Krankheiten besonders gefährdet sind. Ich sehe es allerdings als meine Pflicht als Ökonom, verschiedene medizinische Szenarien auf ihre kurz- und mittelfristigen Auswirkungen für Wirtschaft, Gesellschaft und damit auch für das Gesundheitssystem insgesamt hin zu untersuchen.“

Doch solche Stimmen, die auf Alternativen aufmerksam machen, haben es nicht nur hierzulande schwer. Wer den Kurs der Regierung und ihrer wissenschaftlichen Berater anzweifelt oder in Frage stellt, wird auch in anderen Ländern angegriffen und ins öffentliche Abseits gestellt. Das hat der israelische Wissenschaftler Yoram Lass erlebt. Er war früher Generaldirektor des Gesundheitsministeriums Israels und Mitglied des Parlaments, der Knesset. Er wurde seit Beginn des Coronavirus-Ausbruchs regelmäßig von den israelischen Medien interviewt. Weil er dabei eine Meinung im Gegensatz zu den Unkenrufen und der tiefen Besorgnis der meisten Mediziner vertrat, wurde er zunehmend zur ungefragten Person in etablierten Medien.

seien alle „monströs hysterisch“ geworden. Mit solchen psychologischen Prozessen, der geschürten Angst vor einer unheimlichen Gefahr, seien in der Vergangenheit faschistische Regime an die Macht gekommen, warnt er.

Zugleich erinnert der Gesundheitsexperte, dass auf diese Weise auch Kriege vorbereitet worden seien: Es gebe keinen Platz für eine andere Meinung.

„Das Leben für alle wird zerstört, aber aufgrund der Angst, die jeder hat, schließen sich alle einer Meinung an.“

Es sei ein „Orwellscher Prozess“:

„Ein Volk, eine Flagge, eine Angst. Heute schwenken alle hysterischen Menschen die italienische Flagge. Sie sind nicht bereit, auf die Zahlen zu hören.“



Der Artikel erschien zuerst auf SputnikNews (<https://de.sputniknews.com/politik/20200326326703222-soziale-folgen-corona-krise/>).

Tilo Gräser, Jahrgang 1965, ist als Redakteur und Korrespondent für RIA Novosti Deutschland/Sputniknews tätig. Der Diplom-Journalist arbeitete zuvor für verschiedene Medien und als Pressesprecher. Seine Schwerpunkte sind Politik, Soziales und Geschichte.

„Das Coronavirus dagegen ist ein Virus mit Öffentlichkeitsarbeit.“

„Regierungen können Viren nicht stoppen“

In einem Interview mit dem israelischen Magazin Globes, veröffentlicht (<https://en.globes.co.il/en/article-lockdown-luna-cy-1001322696>) am 22. März, meint Lass mit Blick auf die ähnlichen Vorgänge bei der Schweinegrippe 2009: Er wendet sich gegen Panikmache mit Hilfe von Zahlen, der mutmaßlich durch Covid-19 Gestorbenen.

„Wer glaubt, dass die Regierung Viren beendet, liegt völlig falsch“, so der Gesundheitsexperte.

„Das Virus, das niemand stoppen kann, verbreitet sich in der gesamten Bevölkerung, und dann wird die Bevölkerung, nicht die Gefährdeten, dem Virus ausgesetzt, und gleichzeitig bildet der Körper Antikörper, um die Krankheit abzuschalten und zu verhindern.“

Nur so werde die Infektionskette unterbrochen und das Virus gestoppt, so die Ansicht von Lass.

Es sei unmöglich, „ein Virus durch einen Regierungsbeschluss zu stoppen“. Lass zweifelt an den offiziellen Meldungen aus China, wonach das Virus Sars-Cov-2 durch die harten Maßnahmen eines „Lockdown“ gestoppt wurden und es keine Infizierten mehr gebe. Das Virus bewege sich auch dort weiter unter den Menschen, weshalb es weiter Erkrankte und auch Tote geben müsse. Doch darüber werde nicht diskutiert, kritisiert der Gesundheitsexperte aus Israel.

Stimmungsmache wie vor Kriegen?

Auch Lass ist der Auffassung, dass der neue Corona-Virus nicht gefährlicher ist als die regelmäßigen Influenza-Ausbrüche. Ebenso widerspricht er einem undifferenzierten Vergleich mit der Lage in Italien, ohne die anderen Voraussetzungen dort zu beachten. Er bedauert, dass bei der Grippe kaum noch jemand reagiere, aber jetzt

Corona demaskiert den Westen

Westliche Sanktionen terrorisieren zahlreiche Länder – der Virus-Krise zum Trotz. Mächtige Staaten treten die internationale Solidarität mit Füßen. Gleichzeitig werden chinesische Hilfslieferungen in die EU sabotiert. Derweil schickt Kuba seine Ärzte in die Krisengebiete und Russland hilft Italien. Die aktuelle (zusätzliche) Erosion des Rufes der EU und der USA ist atemberaubend. Zusätzlich gerät der in der Krise besonders destruktiv wirkende Neoliberalismus unter Beobachtung. Sogar das „Manager-Magazin“ muss zugeben: „Die Systemfrage liegt auf dem Tisch und der Westen macht keine gute Figur.“

Von **Tobias Riegel**

Die hinter den Phrasen von der Demokratie versteckte Unmenschlichkeit westlicher Wirtschaftssanktionen wird im Zuge der Verwerfungen durch die Corona-Krise nochmals deutlicher als zu anderen Zeiten. Diesen Befund haben auf den NachDenkSeiten etwa gerade Oskar Lafontaine in diesem Artikel und Albrecht Müller in diesem Artikel festgestellt. Die durch die US-Sanktionen erheblich verschärfte Corona-Situation in Iran haben die NachDenkSeiten gerade in diesem Artikel beschrieben.

Im vorliegenden Artikel soll die Kontroverse über das medizinische Gefahrenpotenzial des Virus und über die Angemessenheit der Reaktionen ausgespart werden, auch weil die nun entfachten globalen gesellschaftlichen Dynamiken ihre Wirkung ohnehin entfalten – zum Teil unabhängig vom Ausgang des aktuellen wissenschaftlich/gesellschaftlichen Disputs über Mortalitätsraten etc.

Das doppelte moralische Armutszeugnis des Westens

Im Zusammenhang mit Corona und Sanktionen beschreibt das US-Medium „Grayzone“ ein doppeltes moralisches Armutszeugnis für reiche westliche Staaten: nämlich den Kontrast zwischen westlichen Zwangsmaßnahmen einerseits und der trotzdem bestehenden Hilfsbereitschaft der von Sanktionen betroffenen Länder andererseits:

„Die Sanktionen, die die Vereinigten Staaten gegen Dutzende von Ländern auf der ganzen Welt in dem Versuch verhängt haben, ihre unabhängigen Regierungen zu stürzen, haben die globale Coronavirus-Pandemie nur noch verschlimmert. Aber gleichzeitig haben einige dieser Nationen, die von der US-Wirtschaftskriegsführung ins Visier genommen werden, die Führung bei den Bemühungen übernommen, den Ausbruch von Covid-19 einzudämmen.“

Und so hat Italien Kuba und Venezuela um medizinische Hilfe wegen Coronavirus gebeten – und während die EU auf italienische Hilferufe nicht angemessen reagiert hat, ist chinesische und kubanische Hilfe bereits in Italien angekommen. Auch Russland will Material und Personal nach Italien senden. Aus Deutschland schal-

len ebenfalls Hilferufe nach China, wie der „Spiegel“ beschreibt. Während Länder wie Frankreich, Griechenland, Spanien und Italien chinesische Hilfsangebote annehmen, verweigert sich aber Deutschland, wie RT meldet. Andere EU-Länder halten laut dem russischen Staatssender sogar chinesische Hilfslieferungen auf.

„Krisenstaat Venezuela“ – Wenn die Sanktionen verschwiegen werden

Der unmenschliche und heuchlerische Charakter der westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Länder, die eigene Wege für ihre Politik wählen möchten, ist informierten und kritischen Bürgern schon lange bewusst. In der aktuellen Situation kann dieses Bewusstsein möglicherweise auch eine breitere Bevölkerung erreichen. Fabian Goldmann hat die destruktive Wirkung der Sanktionen kürzlich im „Deutschlandfunk“ unter dem Titel „Krieg mit anderen Mitteln“ beschrieben:

„Wie im Iran. Dort hat Trumps Kampagne des „maximalen Drucks“ zwar zu keinem besseren Atom-Deal, stattdessen zu einem Mangel an Krebsmedikamenten und Lebensmitteln geführt. Wie in Venezuela, wo infolge des US-Öl-Embargos vom August 2017 wahrscheinlich schon über 40.000 Menschen wegen mangelnder medizinischer Versorgung gestorben sind. Wie in Nordkorea, wo internationale Sanktionen mitverantwortlich dafür sind, dass Millionen Menschen wieder einmal eine Hungersnot droht. Wie in Syrien, wo auch die EU-Sanktionspolitik dazu beigetragen hat, dass das Gesundheitssystem und die Lebensmittelversorgung zusammengebrochen sind und selbst Hilfsorganisationen aufgrund der Zwangsmaßnahmen ihre Arbeit einstellen müssen.“

Als aktuelles Beispiel einer verzerrenden und verkürzten Berichterstattung kann man auf Berichte zum „Krisenstaat Venezuela“ verweisen, etwa auf diesen Beitrag der „Tagesschau“: Der Artikel zählt die Folgen der Sanktionen auf, ohne die Sanktionen selber mit einem Wort zu erwähnen – oder die vom IWF verweiger-te Hilfe. So werden die Sanktions-Verwerfungen indirekt der Regierung Venezuelas angelastet. Für weitere Hintergründe und In-

formationen zu westlichen Sanktionsregimes sei noch einmal auf den oben zitierten Artikel in „Grayzone“ verwiesen (auf Englisch). Die NachDenkSeiten haben kürzlich über eine UNO-Initiative zur prinzipiellen Ächtung von Wirtschaftssanktionen berichtet.

Die Botschafter der Solidarität kommen heute aus Kuba, China und Russland

Die Grobheit, mit der einige westliche Staaten aktuell den eigenen internationalen Ruf (zusätzlich) ruinieren, erscheint leichtfertig. Und nicht nur der eigene Ruf wird bedroht: Gleichzeitig mit den nationalen Reputationen wird auch der EU als politischer Idee der letzte Rest ihrer Aura genommen. Das Tempo der (zusätzlichen) Erosion des Rufes der EU und der USA ist atemberaubend. Erscheint die Niederlage im Bereich der propagandistischen Selbstdarstellung etwa gegenüber China nicht empfindlich? Die neuen Botschafter der Menschlichkeit sind demnach nicht mehr die Überbringer von Freiheit und Marktwirtschaft aus dem Westen, die ja schon immer ein Medien-Mythos waren. Diese Botschafter kommen heute anscheinend aus Kuba, China und Russland.

Gleichzeitig wird nun möglicherweise endlich von breiten Schichten wahrgenommen, was schon immer zum Himmel schrie, aber unter Phrasen von der Demokratie verdeckt wurde: Die westlichen Sanktions-Regime sind allesamt (ohne Ausnahme) ein Verbrechen. Das kann und muss man in dieser Allgemeinheit sagen. Wer sie fortführt, macht sich fortgesetzt zum Verbrecher – und das auf der Weltbühne. Lange Zeit ist es mithilfe willfähriger Journalisten gelungen, diese Verbrechen durch westliche Staaten zu vernebeln, zumindest gegenüber weniger informierten Bürgern.

Nur noch Zyniker können Neoliberalismus verteidigen

Neben diesen außenpolitischen Vergehen durch westliche Staaten gerät nun auch die viele westliche Staaten nach innen dominierende Wirtschaftslehre unter verschärfte Beobachtung: Durch Kürzungen, Privatisierungen und andere destruktive „Reformen“ verursachte Missstände können aktuell nur noch sehr schwer von neoliberalen Journalisten vernebelt werden, ohne dass sich diese vollends als wirtschaftsradikale Zyniker offenbaren würden. Bertelsmann könnte es sich wohl nun nicht mehr leisten, zu fordern, Krankenhäuser zu schließen.

Die Philosophie von der Weisheit des Marktes und vom schwachen Staat ist aktuell noch stärker blamiert als ohnehin schon: durch die aktuell brutal sichtbare Verwundbarkeit, denen die Staaten (und damit die Bürger) als Folge vorsätzlicher Schwächungen ausgesetzt worden sind. Und dadurch, dass das Virus diese Verwundbarkeit nun schonungslos offenlegt. Man darf gespannt sein, mit welchen Techniken neoliberale Propagandisten versuchen werden, jene destruktive Theorie gegen die aktuellen Erfahrungen der Bürger zu verteidigen.

Virus als „Chance“ – Oder als Schutzschild für Raubzüge?

Ist das Virus also etwa auch eine Chance im Kampf gegen den Wirtschaftsliberalismus? So sieht es zumindest Gert Ewen Ungar auf RT:

„Wenn es gut läuft, könnte uns jetzt ein Virus von einer rigorosen Belagerung zwar nicht von Außerirdischen, aber von einer Ideologie befreien, indem es uns aufs deutlichste vor Augen führt, wie begrenzt und wenig hilfreich deren Instrumentarium und deren Implikationen sind, wenn es um tatsächliche Krisenbewältigung geht. (...) So wird uns die Corona-Krise wieder unmittelbar darauf stoßen, wie katastrophal falsch grundlegende Annahmen des Neoliberalismus sind.“

Andererseits gehen viele Befürchtungen aktuell in die ganz andere Richtung. Viele Bürger wittern statt einer heilenden Zuspitzung einen autoritären finanzpolitischen Coup als Folge des Virus: Börsencrashes, die nicht der Finanzkrise, sondern „dem Virus“ angelastet werden. Eingeschränkte Grundrechte, die vielleicht nie wieder freigegeben werden. Dynamiken der gesellschaftlichen Vereinzelung, die noch nicht abgeschätzt werden können. Monströse Geld-Umschichtungen im Schatten des Virus. Festzustellen ist zudem eine Bereitschaft, sich einem (bislang) teils ominösen Notstand unterzuordnen.

„Die Systemfrage liegt auf dem Tisch“

Ein propagandistischer Gewinner der aktuellen Vorgänge scheint China zu sein: Täuscht der Eindruck, dass die mediale Dämonisierung durch westliche Medien zum Teil etwas abnimmt und teils durch einen respektvollen Blick ersetzt wird? Etwa in diesem Artikel. Aus einem gestern noch „diktatorischen Regime“ wird in der Wahrnehmung mancher (auch westlicher) Bürger langsam der fürsorgliche Staat, der (im Gegensatz zu EU-Staaten) seine Bürger durch radikale Maßnahmen schützt. Diese Erzählung ist nicht ganz von der Hand zu weisen und sie verfängt – wie etwa die „taz“ betrubt beschreibt. Weitere Fragen drängen sich auf: Wird China langfristig der wirtschaftliche Gewinner der Krise sein? Was bedeutet das langfristig für den chinesischen Einfluss auf Europa und für die deutsche Gesellschaft und ihren Umgang mit diesem Einfluss? Was bedeutet es für die zukünftige Wahl der militärischen und wirtschaftlichen Bündnispartner? Wird man nach Corona wieder zu alten Bündnissen zurückfinden?

Durch die aktuellen Dynamiken und die selbstzerstörerischen Reaktionen einiger westlicher Staaten darauf, ist auch die Geschäftswelt alarmiert. So fürchtet das „Manager Magazin“ in einem ansonsten sehr durchwachsenen Artikel:

„Die zweite Finanzkrise innerhalb von zehn Jahren und die demnächst offen wieder aufbrechende Eurokrise nach weniger als acht Jahren führen den Bürgern vor Augen, dass die Politik ihre Arbeit nicht macht. Die unzureichende Reaktion auf die Epidemie, also das Versagen, die Gesundheit der Bürger zu verteidigen, kommt hinzu und wird das Vertrauen in die politischen Eliten zusätzlich schwächen. Polarisierung und Radikalisierung werden zunehmen. Derweil beweisen die aufstrebenden Nationen Asiens, wie man es macht: gelenkte Wirtschaft, starker Staat, stabile Finanzsysteme.“ 

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/200324_Corona_demaskiert_den_Westen_NDS.mp3

International auf YouTube!



<https://www.youtube.com/channel/UCXYKYEYqk1ntGNJqv9JhNA>



Bestellen Sie jetzt ein aktuelles Probeheft oder ein Jahresabonnement



Ich bestelle

☐ ... ein aktuelles Probeheft

☐ ... Jahresabonnement(s) Inland: 25 €

☐ ... Jahresabonnement(s) Ausland: 50 €

(Abos verlängern sich bei nicht rechtzeitiger Kündigung automatisch)

Jede neue Abonnentin bzw. jeder neue Abonnent erhält ein Buch als Geschenk!

Name:

Straße:

PLZ / Ort:

Datum / Unterschrift:

INTERNATIONAL
Quellenstraße 2C
1100 Wien

Bitte ausreichend frankieren!

Fax: +43 (0)1 5229111-9 • E-Mail: abo@international.or.at

Foto: Wikimedia Commons